



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 52.

Berlin, den 24. März 1918.

12. Jahrgang.

Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Berlin, den 19. März 1918.

Wir schauen der Niederlage offen ins Gesicht.

Am 5. März schrieben wir an dieser Stelle: „Die Berliner Arbeiter haben am 14. März — bei der Reichstagsersatzwahl in Niederbarnim — zu erweisen, ob sie mit der Gewaltpolitik nach außen und innen einverstanden sind, ob sie das Walten des verschärften Belagerungszustandes schon nach wenigen Wochen vergessen haben, ob sie dem klaren, konsequenten und zielsicheren Vorgehen der imperialistischen Gewalten ein ebenso klares, konsequentes und zielsicheres Eintreten für ihre Arbeiterinteressen entgegenstellen wollen.“

Die Antwort auf diese Fragen ist erfolgt. Von 68 021 Wählern haben sich 18 892, die ihre Stimme für Breitscheid abgaben, als Todfeinde des Imperialismus und der Reaktion, der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung bekannt. Immerhin eine Zahl, die man angesichts der Kriegsverhältnisse nicht mit einer Handbewegung abtun kann. Aber diejen 18 892 Anhänger des internationalen Sozialismus stehen 28 850 Stimmen gegenüber, die dem Apostel des nationalen Reformsozialismus zu einem Triumph verholfen haben, stehen 20 267 bürgerliche — 8001 nationalliberale, 6409 fortschrittliche und 5857 konservative — ausgesprochen sozialismusfeindliche Stimmen gegenüber.

Wir haben also eine Niederlage erlitten. Der Ausgang des Niederbarnimer Wahlkampfes war anders, als wir es gewünscht, gewollt und — sagen wir es ehrlich — als wir es erwartet haben.

Groß ist der Siegesjubel über unsere Niederlage im Lager unserer Gegner. Kein Tag vergeht seit dem 14. März, an dem nicht der „Vorwärts“, die J. R. und die ganze regierungsozialistische Presse immer von neuem ein Freudengeheul über den „katastrophalen Zusammenbruch der Unabhängigen“ anstimmt. Und mit wohlwollendem Schmunkeln nimmt die bürgerliche Presse Anteil an der Freude der Sozialisten, die aus dem proletarischen Klassenkampf ein schwarz-weiß-rot angepinzeltes Pappschwert gemacht haben. Sogar die „Deutsche Tageszeitung“ begrüßt den Wahlsieg des Herrn Wissell „von allgemein menschlichem Standpunkt“. Aber die Röche, die zurzeit im „Vorwärts“ für viele Berliner Arbeiter die geistige Kost zubereiten, sind geschickte Giftmischer. Sie wollen glauben machen, daß die alldeutschen Gewaltpolitiker über Breitscheids Niederlage Tränen vergossen. Dabei steht fest und ist durch unzählige Beweise zu erhärten, daß die Unabhängige Partei von sämtlichen bürgerlichen Parteien vom Grafen Reventlow an bis zur letzten fortschrittlichen Bezirksvereinsleuchte als „jenseits der Linie“ politischer Gleichberechtigung stehend angesehen wird. Wo sind die Regierungsozialisten, die im Kampfe gegen den alldeutschen Imperialismus Bekanntheit mit dauernden Redeverböten, mit Schuchhaft usw. gemacht haben?

Aber wie dem auch sei, die Niederbarnimer Sieger jubeln. Und wer die Welt in dieser aufgewühlten Zeit nur aus der parlamentarischen Groschperspektive anschaut und Demokratie für ein bloßes Spiel totter Zahlen hält, mag mit in diesen Jubel einstimmen. Dabei verschweigt man aber gekliffentlich, daß der Kampf mit ungleichen Waffen ausgefochten wurde. Und so trifft auf die überschäumende Stegessfreude der Wissellianer das Wort aus Corneilles Eid zu: „Gefahrlos siegen ist ruhmloses Triumphieren“.

Wir haben auf dem parlamentarischen Vorfeld des proletarischen Klassenkampfes eine

Niederlage erlitten, die um so mehr schmerzt, als sie in eine Zeit fällt, in der ein Bekenntnis größerer Massen zu den Forderungen des internationalen Sozialismus von großer inner- und außenpolitischer Tragweite gewesen wäre. Aber zusammengebrochen sind wir deshalb nicht. Im Gegenteil, jetzt wird erst recht das Rückgrat gespannt, werden erst recht die Zähne zusammengebissen. Und das um so mehr, als wir fest überzeugt sind, daß aus den Erschütterungen des Weltkrieges in allen Ländern Zustände hervorgehen werden, die den Massen den internationalen Sozialismus als einzigen Helfer aufdrängen. Jetzt sind bei uns — das zeigt uns die Wahl in Niederbarnim — aber auch in den andern Ländern, die Massen, denen diese Entwicklung der Dinge und diese Notwendigkeiten klar zum Bewußtsein gekommen sind, aus tausend Gründen noch in der Minderheit. Aber gerade deshalb wollen wir mit verdoppelter Zähigkeit an der Aufgabe festhalten, den Massen das wahre Wesen der ungeheuer komplizierten weltpolitischen Probleme klar zu machen, sie zu einer aktiven Teilnahme an der Neugestaltung der Dinge zu schulen, vor allem aber ihnen zu zeigen, wo die wahren und falschen Verfechter der proletarischen Interessen zu suchen sind.

Da gilt es vor allem festzuhalten: Der Wahlsieg des Regierungsozialismus in Niederbarnim fällt zusammen mit dem politisch-moralischen Bankrott eben dieses Regierungsozialismus in der ausschlaggebenden Zeitfrage — in der Friedensfrage. Der „einflußreiche“ Regierungsozialismus muß sehen, daß über seinen Kopf hinweg mit Rußland ein Gewaltfrieden mit unabsehbaren Konsequenzen geschlossen wurde und unter Begleiterscheinungen — siehe den Einmarsch in Finnland, der Ukraine usw. — die jeden wirklich ehrlichen Sozialisten zur rücksichtslosesten Abwehr solcher Vorgänge drängen müßten. Aber der Regierungsozialismus wird auch diesen Gewaltfrieden im Osten schluden. Man kann schon heute sagen, daß die regierungsozialistische Fraktion dem Friedensvertrag mit Rußland zustimmen wird, vielleicht mit einer lendenlahmen Protesterklärung, über die die imperialistischen Gewalten zur Tagesordnung übergehen werden, um im Westen zu vollenden, was im Osten begonnen wurde. An der Entwicklung der Dinge trägt der Regierungsozialismus sein volles Maß Schuld, und wenn er heute breite Massen noch über diese Schuld durch seine Theorie von der Landesverteidigung usw. hinwegtäuschen kann, so wird die Arbeiterklasse die Wirkungen dieser Schuld mehr und mehr am eigenen Leibe spüren. Die Unabhängige Sozialdemokratie aber befindet sich heute in ähnlicher Lage wie die kleine sozialdemokratische Fraktion von 1870/71. Wie diese kämpft sie rücksichtslos gegen jeden Gewaltfrieden. Und wenn die Bebel, Liebknecht usw. damals die Annexion Elsaß-Lothringens nicht verhindern konnten, so haben sie doch das Ehrenschild des Sozialismus rein erhalten, konnten sie dem Wettrennen und den Kriegsgefahren der kommenden Jahrzehnte frei von jeder Mitschuld entgegenreten. So wird auch die Unabhängige Sozialdemokratie mit reinen Händen vor die Massen treten, um sie aufzufordern, in der zerrissenen und blutenden Welt, in der der Säbel des Eroberers und die Feder des Geheimdiplomaten eben keinen dauernden Frieden schaffen können, den Völkern zu ihrem Recht zu verhelfen, das Wirtschafts- und Staatsleben in neue, jeder Art kriegsschwangerem Imperialismus abgewandte Bahnen zu leiten. Das hat bis jetzt die soziale Revolution in Rußland nicht vermocht, weil sie im kapitalistischen Weltgetriebe allein steht, das konnte die Unabhän-

gige Sozialdemokratie Deutschlands noch nicht, weil hier breite Massen im Banne regierungsozialistischer Demagogie stehen, aber wer die Kräfte zu erkennen weiß, die sich in allen Ländern unter dem Nebel der Kriegspychose und dem eisernen Kriegszwang regen, der sieht die Saat des internationalen Sozialismus herankommen. Eine Wahlniederlage kann diesen Keimprozeß wohl hemmen, aber nicht ersticken. Darum halten wir es mit dem Dichterwort:

Wer siegen lernt in Niederlagen,
Wird auch das Glück des Siegs ertragen.

Zur Stichwahl.

Die Kreiskonferenz des Unabhängigen sozialdemokratischen Wahlvereins Kreis Niederbarnim hat einstimmig beschlossen, ihren Wählern für die am 26. März stattfindende Stichwahl Stimmenthaltung zu empfehlen.

Das Kreiswahlkomitee bittet uns um Aufnahme der folgenden Begründung dieses Entschlusses:

„Die Ersatzwahl in Niederbarnim hat nicht den von uns gewünschten Ausgang genommen. Der Regierungsozialist hat einen beträchtlichen Vorsprung, und in der Stichwahl werden ihm außerdem die bürgerlichen Stimmen zufallen.

Die Gründe dieses Erfolgs der Abhängigen sind bekannt. Ihnen stand vor allem die Presse und der gesamte Gewerkschaftsapparat zur Verfügung. Beides haben sie rücksichtslos und strupellos ausgenutzt und in ihrer Wahl-agitation sich nicht gescheut, das traurige Vorbild des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nachzuahmen.

Wir besitzen seit dem Raube des „Vorwärts“ keine Tageszeitung mehr. Wir waren in der Hauptsache auf die mündliche Agitation angewiesen, und es fehlten uns zudem zahlreiche der besten und arbeitseifrigsten Kräfte, die uns nach den bekannten Vorgängen der letzten Zeit entzogen worden sind.

Wir sind überzeugt, daß dieser Triumph des Regierungsozialismus nur vorübergehend ist. Aber in der Zeit zwischen Haupt- und Stichwahl kann sich der Wandel nicht vollziehen, und so verzichten wir unter den obwaltenden Umständen auf eine Beteiligung an der Stichwahl.

Ausdrücklich heben wir hervor, daß diese Zurückhaltung nicht etwa in der Abneigung ihren Grund hat, gegen einen auch-sozialdemokratischen Kandidaten zu Felde zu ziehen. Im Gegenteil, wir sind mehr als je von dem Gegensatz zu dem Regierungsozialismus durchdrungen und werden in der Betonung dieser Gegnerschaft nicht ermatten.

Wir sammeln unsere Kräfte für die großen Kämpfe, die uns bevorstehen. Wir werden in ihnen den Gedanken des Klassenkampfes gegen den der Harmonie, den des internationalen revolutionären Sozialismus gegen den Nationalsozialismus mit unbeugbarer Energie vertreten.

Wir sind durch den Ausgang der Wahl in keiner Weise entmutigt. Wir stehen zu unseren

Grundsätze und werden allen Eifer daran wenden, aufklärend und belehrend in die weitesten Kreise zu dringen, um so dem Völkerrfrieden und der Völkerrfreiheit die Bahn zu brechen.

Das Kreiswahlkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie Niederbarnim.

Ein unzweideutiges Volksurteil?

Wir verstehen den obenstehenden Beschluß der Niederbarnimer Kreisversammlung, billigen können wir ihn aber nicht. Gerade weil es uns als internationale Sozialisten nicht ausschließlich auf Erringung eines Parlamentsmandates ankommen darf, gerade weil unsere Aufklärungsarbeit unter den Massen zurzeit starken Hemmungen unterworfen ist, hätte man bei aller Ausschichtslosigkeit, das Stichwahlergebnis wesentlich zu beeinflussen, und trotz aller Beschränkungen unserer Agitationsfreiheit die 12 Tage zwischen Haupt- und Stichwahl zum weiteren Hineintragen unserer politischen Grundsätze in die Massen benützen sollen. In Versammlungen und Flugblättern hätte den Arbeitern der grundsätzliche Unterschied zwischen unabhängiger und regierungssozialistischer Politik immer wieder klar gemacht werden können. Die Erfahrungen des vorhergehenden Wahlkampfes hätten dazu wertvolles Material geliefert, die Bedeutung der wichtigen politischen Vorgänge, des Ostfriedens, der Lichnowskibroschüre, der neuen Kreditorklage usw. hätten im Lichte unserer Auffassung den Niederbarnimer Arbeitern dargelegt werden können. Nach der Stichwahl wird im Kreise wieder Kirchhofsruhe eintreten, Versammlungen größeren Stiles und Flugblätter werden unter dem Belagerungszustand nicht mehr möglich sein. Das letzte Wort vor den Massen aber hat der Regierungssozialismus gehabt, der seine Phrasen über den „Verständigungsfrieden“, Demokratisierung usw. unbehehligt an den Mann bringen konnte. Es ist eine Art negativer Mandatspolitik, die in dem Niederbarnimer Beschluß zum Ausdruck kommt. Mit der Auffassung aber, daß die Wahlbeteiligung nur um des Mandates willen zu erfolgen habe, sollten internationale Sozialisten gerade dank der Erfahrungen des Weltkrieges aufgeräumt haben. Das Hineintragen unserer Ideen in die Massen, die Massen aufzurütteln, das ist mindestens ebenso wichtig wie die Erringung des Mandates an sich. Dazu sollte man gerade in diesen Zeiten keine Gelegenheit, keine Stunde ungenützt vorübergehen lassen. Doch — an dem Beschluß ist nichts mehr zu ändern.

Herr Hans Leuß hat in der „Welt am Montag“ das Ergebnis der Niederbarnimer Wahl „ein unzweideutiges Volksurteil“ genannt, was vom „Vorwärts“ freudestrahlend registriert wird. Es ist aber bei Kriegswahlen mit dem „unzweideutigen“ Volksurteil eine eigene Sache. Man darf doch nicht vergessen, daß seit vier Jahren die öffentliche Meinung direkt und indirekt von oben her in bestimmte Bahnen gepreßt worden ist, daß Ideologien künstlich gezüchtet worden sind, die in den Köpfen der breiten Masse in bunter Mannigfaltigkeit weiterwuchern und gegen die die kriegsgegnerische Ideologie aus inneren und äußeren Gründen nur schwer ankämpfen kann. Die proletarischen Massen in Niederbarnim, die der Regierungssozialismus jetzt stolz als seine Gefolgschaft zählt, setzt sich nur zum allerkleinsten Teile aus wirklich geschulten und überzeugten Sozialisten zusammen. Diese sind sicher mehr in den Reihen der Breitscheid-Wähler zu finden, die natürlich auch nicht alle 18802 als geschulte Sozialisten angesprochen werden können. Aber man kann wohl sagen, daß sie aus ihrem Klasseninstinkt heraus sich auf die Seite des entschiedenen Sozialismus geschlagen haben. Zum Regierungssozialismus aber werden die Kleinbürgerlichen Elemente, die der Krieg proletarisiert hat, werden zahlreiche mit ihrer Lage unzufriedene Angestellte usw. gegangen sein, die gerade in den Kriegsfragen noch mit einem Wust kleinbürgerlicher und nationaler Ideen behaftet sind, denen der Regierungssozialismus mit seinen Theorien von der Landesverteidigung, seinen angeblichen Erfolgen usw. entgegenkam. Auch die große Masse der Arbeiter, die sich in dem Chaos der politischen Zeitfragen nicht zurechtfinden und das Walten des Regierungssozialismus nur in der geschickt demagogischen Aufmachung des jetzigen „Vorwärts“ kennen lernten, werden auf die persönliche Wiffellreklame, denn darauf wurde in den regierungssozialistischen Ver-

sammlungen, Flugblättern usw. der Hauptnachdruck gelegt, hineingefallen sein. Das war doch ein Arbeiter, sogar ein Arbeitersekretär, der wollte doch auch den Frieden usw., also wählten sie eben Wiffell. Daß es nicht mehr die alte Sozialdemokratie sei, der sie ihre Stimme gaben, ist den meisten von ihnen nicht zum Bewußtsein gekommen. All diese verschiedenen Schichten der Wählerschaft Wiffells werden erst durch den regierungssozialistischen Nebel hindurchgehen müssen, ehe sie durch eigene Erfahrung und durch Aufklärung den Blick dafür bekommen, wo wirklich Sozialismus und Demokratie zu suchen ist, von wem ihre Klasseninteressen am besten vertreten werden. Denn wirklich grundsätzlicher sozialdemokratischer Aufklärung sind die Wiffellianer in ihrer Wahlkampagne aus dem Wege gegangen, sie haben mit Scheinersolgen geblendet und haben die Unabhängigen als Vaterlandsverräter und Anarchisten hingestellt, weil sie wußten, daß man damit auf ungeschulte Massen Eindruck macht. Der selige Eugen Richter wird sich noch im Grabe gefreut haben, daß die, die er einst mit verbissenem Spießergimm als Gegner bekämpft hat, seine gelehrigen Schüler geworden sind. Man braucht sich nur anzusehen, was er über die „Alles oder Nichts“-Politik der alten Sozialdemokratie sagte, um zu entdecken, daß die angeblichen Vertreter der alten Sozialdemokratie in ihren Niederbarnimer Flugblättern fast wörtlich von Richter abgeschrieben haben, um den Arbeitern vor der unabhängigen „Alles-oder-Nichts“-Politik graulich zu machen.



Arbeiter! Arbeiterinnen!
Gedenkt der Familien der
Inhaftierten u. Verurteilten!

Lasset die Frauen und Kinder nicht der
Armenpflege anheimfallen!

Bewahrt sie vor der äußersten Not!



Von einem „unzweideutigen Volksurteil“ kann bei der Niederbarnimer Wahl auch deshalb nicht geredet werden, weil die demokratischen Voraussetzungen eines solchen Urteils nicht gegeben waren. Dazu gehört der Mangel einer Tagespresse auf unabhängiger Seite in erster Linie. „Unzweideutig“ werden solche Volksurteile überhaupt erst dann werden, wenn auch die ihr Wort mit in die Wagschale werfen können, die zurzeit im Kriegsdienste stehen.

Die Arbeiter, die dem Regierungssozialismus ihre Interessen anvertraut haben, werden über kurz oder lang merken, daß sie sich einen unzuverlässigen Sachwalter erkoren haben. Wer die Dinge im Zusammenhange beurteilen gelernt hat, kann schon jetzt sehen, wie diese „Arbeiterpartei“ mit dem arbeiterfeindlichen Bürgertum eng verbunden ist. Die derzeitigen Gemeindevahlen in den Vororten geben davon einen Begriff, stehen doch alle Betätigungsformen des politischen Lebens in einem engen inneren Zusammenhang. Besonders lehrreich ist das Bündnis zwischen Regierungssozialismus und arbeiterfeindlichem Bürgertum in Steglitz. Hier ist bei den Gemeindevahlen der eine regierungssozialistische Kandidat, dem sein Wohlverhalten als Heimkrieger auch eine Ordensauszeichnung eingetragen hat, der Erkorene des Haus- und Grundbesitzervereins und sämtlicher bürgerlicher Parteien — Steglitz ist nebenbei bemerkt die Hochburg der Vaterlandspartei —, dafür mußten sich die Regierungssozialisten verpflichten, im zweiten Bezirk für die bürgerlichen Kandidaten zu stimmen, also gegen den Arbeiter, der von unabhängiger Seite aufgestellt war. Ein Scheidemann, ein Hänisch usw. hat also entweder ausgesprochene Gegner des Sozialismus und der Arbeiterschaft wählen oder er hat auf die ihm in seinem Wohnort als Musterdemokraten obliegende Wahlpflicht pfeifen müssen. Beides Dinge, die sich mit Sozialismus und Demokratie nicht vereinen lassen. Zu den Konsequenzen — an anderer Stelle dieser Nummer finden sich noch mehr Beispiele dafür — führt die Taktik des

Regierungssozialismus im Großen wie im Kleinen. Er kann dieses unehrliche Spiel treiben, so lange er noch auf urteilslose Arbeiter einwirken kann. Dieser Einwirkung mit aller Kraft entgegenzuarbeiten, muß nach den Erfahrungen der Niederbarnimer Wahl Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratie sein. Erst dann kann in letzter Instanz ein unzweideutiges Volksurteil gesprochen werden.

Die Wahl in Niederbarnim.*

Ein Nachwort von Karl Rautsky.

Die Parteipresse hat bereits ausführlich die Ursachen unseres Mißerfolgs im jüngsten Wahlkampf erörtert und die Schwierigkeiten gezeigt, gegen die wir anzukämpfen hatten, unter denen das Fehlen eines täglichen Organs wohl die größte war. Die Abhängigen hätten nie gewagt, uns den „Vorwärts“ zu rauben, wenn sie nicht gewußt hätten, daß es uns unter dem Belagerungszustand unmöglich sei, ihm ein anderes tägliches Blatt entgegenzustellen. Und der „Vorwärts“ hätte nicht gewagt, den jetzigen Wahlkampf mit so schamloser Verlogenheit zu führen, wenn er nicht gewußt hätte, daß uns ein tägliches Organ am Orte fehle, um seine Lügen sofort an den Pranger zu stellen.

Indes kommt zur Erklärung unseres Mißerfolgs noch ein Faktor in Betracht, der bisher bei den Erörterungen in der Parteipresse, soviel ich sehen kann, nicht hervorgehoben worden ist: der Einfluß der augenblicklichen politischen Lage.

Bei jedem Wahlkampf sind zwei Schichten von Wählern zu unterscheiden: die geschulten Anhänger der Parteien hüten und drüben, die in jahrelangem reiflichen Beobachten und Nachdenken ihre politische Überzeugung erworben haben, von der sie sich nicht so leicht und nicht ohne sehr triftige Argumente abbringen lassen. Für diese Elemente bedarf es keiner Wahlagitatorien, auf sie kann man sich verlassen. Zu gewinnen sind derartige Wähler nicht in ein oder zwei Versammlungen, sondern nur durch zähe, unermüdete Aufklärungsarbeit in den Jahren, die vor jeder Wahl liegen.

Daneben aber kommen die Mittläufer in Betracht, die Stimmungsmenschen, die nicht Zeit oder Gelegenheit oder Neigung haben, den Dingen auf den Grund zu gehen. Auch sie mögen ausgesprochene politische Sympathien oder Antipathien haben, aber das bietet keinen zuverlässigen Kompaß in unerwarteten oder außergewöhnlichen Situationen.

Die Mittläufer sind es, die das schwankende, unberechenbare Element im Wahlkampf bilden; jenes Element, das am leichtesten umfällt, das sich vom Augenblick am meisten bestimmen läßt. Sie sind aber auch das Element, das in hart umstrittenen Wahlkreisen den Wahlkampf entscheidet.

Nie gibt das mehr als im Kriege. Da sind die Wahlkreise am wandelbarsten, da haben die Erfolge des Augenblicks mehr Kraft, als Grundsätze und selbst Interessen. Das bezeugen unter anderem die letzten großen Kriege, die Deutschland vor dem jetzigen durchzumachen hatte.

Kein Mann war bei seinem Volke verhaßter als Bismarck beim Beginn des Krieges von 1866. Kein Krieg wurde von der Bevölkerung so sehr mit stürmischen Protesten aufgenommen, wie dieser. Hätten die preussischen Armeen nicht gesiegt, so wäre es, wenn auch nicht zu einer Revolution, so doch sicher zum Sturz des Bismarckschen Systems, zum Durchbruch des Parlamentarismus gekommen. Aber die preussischen Heere siegten und sofort, schon nach dem ersten Siege, wandelte sich die Stimmung im Volke, um bald in stürmische Begeisterung für Bismarck umzuschlagen.

Dieser hatte angefangen des kommenden Kriegs das Abgeordnetenhaus aufgelöst, in dem die liberale Opposition die große Mehrheit besaß, 241 von 362 Stimmen. Mit großer Zuversicht zog sie in den Wahlkampf, da kamen die ersten Siegesnachrichten und jäh schlug die Stimmung unter den Wählern um. Am Tage der Schlacht von Königgrätz fanden die Wahlen statt, sie reduzierten die liberale Opposition (Vornortler und linkes Zentrum) auf 148 Stimmen, wandten ihnen fast hundert Stimmen, verwandelten die Zweidrittelmehrheit in eine Minderheit. Noch schlimmer wäre es ihnen gegangen, wenn die Wahlen erst nach der Schlacht von Königgrätz stattgefunden hätten. Im Jahre 1867 kam es zu Neuwahlen, bei denen die annektierten Provinzen mitwählten. Die Zahl der Abgeordneten war vermehrt auf 433 Mitglieder. Trotzdem sank die Zahl der Vornortler mit dem linken Zentrum zusammen auf 86 Mandate und 1870 gar auf 50 Mandate herunter — 50 von 433, und 1866 noch 241 von 362! Welch ein plötzlicher Zusammenbruch!

Dagegen wuchs die Partei, die sich 1866 unter dem Eindruck der Siege von den Fortschrittler abspaltete, die der Nationalliberalen, im Abgeordnetenhaus von 19 Mitgliedern auf 123 (1867), 131 (1870), 182 (1873). Das war ihr Höhepunkt.

Ähnlich gestaltete sich das Verhältnis im Reichstag. Die Nationalliberalen verhielten sich zu der bürgerlichen Demokratie ungefähr ebenso wie heute die Abhängigen zur proletarischen Demokratie. Sie blieben liberal in Worten und stützten die konservative Regierung mit ihren Taten.

Eine ähnliche, freilich nicht so starke Wirkung, wie die Siege von 1866 und 1870, übten die Ereignisse der letzten Monate an der östlichen Front. Im Sommer

* Nach dem die vorhergehenden Ausführungen geschrieben waren, erhielten wir diesen Artikel des Gen. Rautsky, dem wir gern Aufnahme gewähren.

des vorigen Jahres würde die Stimmung der großen Mehrheit des Volkes der von uns versprochenen Politik sehr günstig. Das wird bezeugt durch die Konzessionen, die von den Weiterführenden des Mehrheitsblocks, der sich damals zusammenschloß, der Idee des annexionslosen Friedens und der Selbstbestimmung der Völker gemacht wurden. Aber die letzten Monate haben, wie ebenfalls jene Weiterführenden bezeugen, darin starken Wandel geschaffen. Die Politiker der Augenblicksstimmung im Reichstag wie im Volke sehen nur das Vordringen der deutschen Armee, ohne zu fragen, welchen Faktoren es zuzuschreiben ist. Sie sehen bloß den Frieden, den gewinnreichen Frieden, und überlegen nicht weiter, welche Konsequenzen er birgt. Sie sehen nur Erfolge und begeistern sich für die Politik, als deren Frucht sie ihnen erscheinen.

So lange diese Stimmung dauert, werden wir Unabhängigen bei allen Wahlkämpfen einen schweren Stand haben. Geben wir uns keiner Täuschung hin: die Flut ist augenblicklich gegen uns.

Das ist kein Grund, nutzlos zu werden, wohl aber ein höchst triftiger Grund, unsere Anstrengungen zur Aufklärung der Volksmassen zu verdoppeln, soweit es die Knebel erlauben, die uns der Belagerungszustand zum Vorteil der abhängigen Sozialdemokratie anlegt.

Wie lange die uns ungünstige Strömung dauern wird, ist natürlich nicht genau zu bestimmen. Da sie nur auf Stimmungen beruht, kann sie über Nacht umschlagen.

Nach dem Kriege von 1870/71 begann der Rückschlag der Opposition bald einzusetzen. Im deutschen Reichstag zählten 1871 die Konservativen mit den Freikonservativen 92 Mandate, die Nationalliberalen mit der liberalen Reichspartei, einer Mittelgruppe zwischen Freikonservativen und Nationalliberalen, 150. Beide Gruppen zusammen 242.

Die Wahlen von 1874 brachten den Konservativen nur noch 61 Mandate, den Nationalliberalen 152. Beide zusammen verfügten nur noch über 213 Sitze.

Dagegen waren die „Reichsfeinde“ stark gewachsen, das Zentrum von 38 auf 91 Abgeordnete.

Die Sozialdemokraten waren im norddeutschen Reichstag (1867-71) 7 Mann stark gewesen. Nach dem Jahre 1866 hatte die aus dem Krieg geborene Stimmung die Wahlerfolge der deutschen Sozialdemokratie nicht beeinträchtigt. In Preußen waren die Lassalleaner unter Schweigers Führung für Bismarck, gegen die Fortschrittler und gegen die Oesterreicher aufgetreten. In einem Vortrag am 16. Juni 1868, unmittelbar vor Kriegsausbruch, hatte Schweiger erklärt:

„Wenn es uns gelingt, die preussische Regierung weiter zu treiben auf dem Wege der Konzessionen... dann werden wir, so viel wir können, das Unferne tun, daß der Sieg nicht bei den Fahnen Oesterreichs, sondern bei den Fahnen Preußens, nicht bei den Fahnen Benedek's, sondern bei den Fahnen Bismarck's und Garibaldis sei.“

Auf der andern Seite war in Sachsen, das 1866 gegen Preußen gekämpft hatte, die Volkspartei, der damals noch Bebel und Plebnecht angehörten, in gleichem Maße wie der größte Teil des Volkes von bitterstem Haß gegen Bismarck durchdrungen.

Anderwärts stand es 1870/71. Anfangs hatten nur Bebel und Plebnecht es abgelehnt, die Kriegskredite zu bewilligen. Nach Sedan stimmten jedoch die Lassalleaner wie die Essenerer gegen die Kredite, gegen die Fortsetzung des Krieges, gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen. Da wandte sich die allgemeine Volkstimmung gegen sie. Das kostete sie zunächst den größten Teil ihrer Mandate. Bei den Wahlen von 1871 brachten wir nur einen Mann durch, Bebel. Nach der Logik des heutigen „Vorwärts“ war damit die Sozialdemokratie zerschmettert und für immer erledigt. Doch 1874 eroberten wir bereits 9 Mandate. Gerade in der Zeit ihrer höchsten Bedrängnis bereitete unsere Partei durch ihre Unbeugsamkeit ihren siegreichen Aufstieg vor.

Die Opposition wuchs immer mehr an, trotz des Kulturkampfes, trotz des Sozialistengesetzes, die vielmehr ihr Anwachsen bezeugten. Im Jahre 1881 waren die „Reichsfeinde“ bereits zur Mehrheit im Reichstag geworden. Die Reichsfreunde, Konservative (77) und Nationalliberale (91 Mandate mit der von ihnen abgelehnten „liberalen Vereinigung“, ohne sie gar nur 45) zählten zusammen nur 169 Stimmen von 397. Das Zentrum eroberte 98 Sitze, die Sozialdemokraten trotz des Sozialistengesetzes 12.

Die Opposition wuchs, obwohl die Kriege von 1866 und 1870 dem Volke relativ geringe Opfer auferlegt hatten. Der Krieg von 1866 hatte nur einen Monat gedauert, der von 1870/71 nicht viel über ein halbes Jahr. Die Menschenverluste waren, an den heutigen gemessen, gering. 1866 10.000 Tote bei den Preußen, 1870/71 50.000 bei den Deutschen. Und der militärische Erfolg brachte die langersehnte nationale Einheit, wenn auch in verästeltester Form, brachte eine Ära des glänzenden wirtschaftlichen Aufschwungs.

Trotzdem die oppositionelle Gegenwirkung! Daß wir sie jetzt wieder zu erwarten haben, bedarf keiner ausführlichen Beweisführung. Und sie wird diesmal nicht Jahre brauchen, um einzutreten.

Im Jahre 1870 beherrschte in Deutschland die Bourgeoisie noch das ganze Denken der arbeitenden Klassen, und das Proletariat war gering an Zahl. Heute ist das Proletariat zur zahlreichsten Klasse in Deutschland geworden, und ein halbes Jahrhundert sozialistischer Propaganda und energischer Klassenkämpfe haben sein Klassenbewußtsein stark entwickelt. Die Kriege von 1866 und 1870 brachten der deutschen Bourgeoisie den Staat, den sie brauchte, mit dem sie sich zufrieden gab. Wer erwartet, daß der jetzige Krieg ähnlich auf das Proletariat wirken und daß die jetzige Regierungspolitik ihm den Staat beschaffen werde, den es braucht? Im Gegenteil, je größer die Erfolge der von den Abhängigen unterstützten Politik nach außen, desto größer der Widerstand gegen alle Konzessionen von Belang aus Proletariat im Innern. Auch in der Beziehung hat der Wind seit dem Sommer des letzten Jahres völlig umgeschlagen, wie auf Schritt und Tritt

zu konstatieren ist. Der Reformeifer der „Neuorientierung“ war in Taten stets sehr mäßig. Er ist jetzt selbst in seinen Worten sehr abgestaut.

Und hierin liegt die falsche Position, in die die Regierungspolitiker geraten sind und an der sie schließlich scheitern müssen, trotz aller augenblicklichen Wahlerfolge.

Je mehr sie liegen, desto weniger bekommt das Proletariat. Je stärker die Regierung wird, der sie dienen, desto stärker deren Gegensatz zum Proletariat. Um das zu verbergen, müssen sie immer mehr die Wahrheit beugen. Ihre Verlogenheit muß wachsen, nicht weil sie persönlich besonders schlechte Kerle wären, sondern weil sie anders sich nicht mehr helfen können. Den Klügeren und weiter Sehenden unter ihren Köpfen wird denn auch bange vor dem Ende, das bezeugen Stimmen, wie die Wendels. Andere freilich fühlen sich noch stark genug, die Verlogenheit als das „Gebot der Stunde“ zu proklamieren.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlichte am 16. März einen Artikel des Landgerichtsrats Kulemann über „Streik und Sozialdemokratie“, der mit den Worten anhebt:

„Der Streik ist glücklich beendet. Daß er ein aussichtsloses, ja unsinniges Unternehmen, ein Verrat am Vaterlande war, braucht nicht ausdrücklich gesagt zu werden.“

Aber wie kam die alte Sozialdemokratie dazu, sich an der Leitung dieses Vaterlandsverrats zu beteiligen? Das, sagt der Herr Landgerichtsrat, dürfen ihr die bürgerlichen Parteien nicht übelnehmen:

„Sicher ist es, daß ihr der Streik im höchsten Grade unerwünscht kam, ja, daß sie ihn innerlich mißbilligte und gern verhindert haben würde. Aber was sollte sie tun, nachdem er trotzdem ausgebrochen war? Sollte sie, wie es auf bürgerlicher Seite von ihr gefordert wird, ihn öffentlich verurteilen und gegen ihn Stellung nehmen? Das wäre sehr edel, aber praktisch völlig erfolglos gewesen. Ja mehr als das: es würde dahin geführt haben, daß die Führung in die Hände der radikalsten Elemente übergegangen wäre...“

„Man ist vielfach im Leben nicht in der Lage, das, was man innerlich will und empfindet, öffentlich auszusprechen.“

Für Kulemann unterliegt es keinem Zweifel, daß die Abhängigen sich an der Leitung des Streiks beteiligten, um ihn wirkungslos zu machen.

„Stand die Sozialdemokratie auf dem hier angezeigten Standpunkt und ließ sie sich bei ihrem Vorgehen durch Erwägungen der bezeichneten Art leiten, so konnte sie das unmöglich durch eine entsprechende Erklärung zum Ausdruck bringen, denn damit würde sie das, was sie anstrebt, so gleich verneint haben. Sie mußte darauf rechnen, daß diejenigen, die ihre Tätigkeit seit Ausbruch des Krieges verfolgt haben, das Motiv für ihr jetziges Verhalten entdecken würden, auch ohne daß sie ihnen einen Kommentar lieferte.“

Also das, was die alte Sozialdemokratie „innerlich will und empfindet“, ist derart, daß sie nicht wagen darf, es dem Proletariat öffentlich zu sagen. Das behauptet ihr warmer Freund, der Landgerichtsrat Kulemann. Und das „Korrespondenzblatt“? Protestiert es entrüstet gegen diese „Verleumdung“, die die alte Sozialdemokratie perfidester Doppeltzungigkeit beschuldigt? Mit nichten. Kein Wort darüber. Die Redaktion macht wohl eine Fußnote zu dem Artikel, aber nur, um ihn zu empfehlen. Sie bemerkt:

„Die sachliche Würdigung der Stellung der Sozialdemokratie zum Streik, die hier von einer der Partei fernstehenden, in der breitesten Öffentlichkeit angesehenen und anerkannten Persönlichkeit gegeben wird, erscheint uns so bedeutungsvoll, daß ein Unterbleiben der Veröffentlichung nicht zu verantworten wäre.“

Es wäre in der Tat nicht zu verantworten, wenn man dem deutschen Proletariat die Konstatierung der Tatsache vorenthalten wollte, daß die alte Sozialdemokratie sein Vertrauen mißbrauchen und es auf Schritt und Tritt belügen muß, weil sie anders die Geschäfte der bürgerlichen Parteien nicht besorgen kann, die sie besorgen muß, soll sie sich nicht um die in Aussicht gestellten Trinkgelder geprellt sehen.

Kein Zweifel, daß man mit Lügen ziemlich weit kommen kann, wenn jede Kritik mundtot gemacht ist. Aber je weiter man dabei kommt, um so schroffer später der Umschwung, wenn einmal die Genasführten doch dahinter kommen, wie man sie getäuscht hat.

Und dafür sorgt die täglich zunehmende Verschärfung der Gegensätze, daß das alte Spiel des Tragens auf zwei Achseln von den Abhängigen nicht allzulange mehr gespielt werden kann.

Nach haben wir hart gegen die Flut anzukämpfen, die gegen uns anschwillt. Aber sie wird sich wenden und dann diejenigen erlösen, die heute von ihr getragen werden.

R. Rautsch.

Annexionistischer Verständigungsfriede.

I.

Von Eugen V. Goldberg.

Es ist nichts neues, daß die schwerindustriellen Annexionspolitiker, die Anhänger eines „Sieg- und Machtfriedens“ energisch darauf dringen, das Erzbecken von Pongawy-Brien dem Deutschen Reich einzuverleiben. Neu und überraschend ist es aber, wenn plötzlich dieses unverhüllte Annexionsgelüst unter der Sage eines „Verständigungsfriedens“ serviert wird. Das Verdienst dieser entschieden zeitgemäßen Auslegung des „Verständigungsfriedens“, so wie er ihn versteht, gebührt dem Heidelberger Nationalökonom Geheimrat Gothein.

In drei langen, ausführlichen Aufsätzen in der „Vossischen Zeitung“ begründet Professor Gothein die

angebliche Notwendigkeit dieser Annexion und ihre Durchführbarkeit auf dem Wege eines „Verständigungsfriedens“.

„Das Opfer aber, das wir ihnen (d. h. den Franzosen) zuzumuten“, schreibt Gothein, „ist gering, so groß der Vorteil, den wir für uns verlangen, auch ist... Will man aber die bittere Pille — mehr als eine Pille ist es eben nicht — aus politischen Gründen verschlucken, wie auch mir nötig erscheint, so kleide man die Abtretung in weitherziger Auslegung eines „Verständigungsfriedens“ in die Form des Ankaufs oder Austausches...“

Die Spuren von Brei-Litowitz schreien. Wir haben dort ein lehrreiches Beispiel dafür erlebt, wozu „weitherzige Auslegungen“ führen, als daß man Lust bekommen könnte, zu der „weitherzigen Auslegung“ des Selbstbestimmungsrechtes der Völker noch eine folge des „Verständigungsfriedens“ hinzuzufügen. Uns scheint, daß die „Pille“, von der Gothein spricht, nicht den Franzosen, sondern der Verständigungsmehrheit verführt werden soll. Nicht umsonst behauptet Gothein:

„Die Abtretung des Bodens von Brien würde doch in Wirklichkeit nur unter jene Grenzverflechtungen gehören, die als eine notwendige Folge so ziemlich aller Kriege sogar von Scheidemann zugegeben wird, ehe das Schlagwort vom unbedingten annexionslosen Frieden ausgegeben war.“

Demnach scheinen die „politischen Gründe“, aus denen Gothein es für richtig hält, die „bittere Pille“ zu verschlucken, mehr auf dem Gebiet der inneren als der äußeren Politik zu liegen. Man hat nicht Herrn Clemenceau, sondern Herrn Scheidemann und seine wertigen Mehrheitsnachbarn im Auge. Die „Voss. Ztg.“ schließt nun auch als erste die Pille mit Besagen hinunter. Dasselbe Blatt, in dem einige enger Parteigenossen des Herrn Scheidemann ihre Weisheit über auswärtige Politik an den Mann bringen, veröffentlicht die Gotheinischen Ausführungen ohne jeden redaktionellen Vorbehalt. Dies veranlaßt uns, die Argumente, die als Verständigungssacharin die bittere Annexionspille verschlucken sollen, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Allerdings können wir uns dabei nicht des Verdachtes erwehren, daß die Pille den deutschen Mehrheitspatienten auch ohne den süßen Ueberzug gar nicht so bitter erschienen wäre, so daß es erst gar nicht des historisch-kritischen-wissenschaftlichen Juderzugs bedurft hätte, um sie ihnen schmackhaft zu machen.

Was Gothein zunächst vorbringt, sind die bekannten Argumente der schwerindustriellen Annexionspolitiker. Er verweist auf die ungeheure Entwicklung der Eisenproduktion Deutschlands, die von 1.600.000 To. im Jahre 1870 auf 31.400.000 To. im Jahre 1913 gestiegen ist. Während nun Deutschland mit der für die Produktion notwendigen Kohle genügend versehen sei, mangle es ihm an eigenen Erzen. „Zwei Stoffe, Kohle und Erz, kommen für die Herstellung des Eisens in Frage. Für den Erwerb einer eigenen Hoheisenindustrie sind im ganzen die Erze noch wichtiger, da in der Charge des Hochofens etwa zwei Drittel Erz auf ein Drittel Koks kommen.“ Bisher habe Deutschland etwa die Hälfte seines Bedarfs aus seinem eigenen Erz decken können. Die Einfuhr fremden Erzes „hat sich im Jahre 1913 auf 7,7 Millionen To. im Werte von 227,1 Millionen Mark belaufen, gegenüber einer einheimischen Verforgung von 9,8 Millionen Tonnen im Werte von 125,7 Millionen Mark. Nach dem Eisengehalt bedäe die Einfuhr nahezu die Hälfte des Bedarfs unserer Hochofen.“ Die Vorräte an Erz im Inlande würden aber nur noch für kurze Zeit ausreichen. „Nach den sorgfältigen Erhebungen der bedeutendsten Fachmänner, der Geologen Kirch und Beschlag, stellt sich heraus, daß Deutschland bei gleicher Eisenproduktion nur noch auf 40 bis 50 Jahre mit Erzen versorgt ist.“ Gothein schildert dann eingehend, wie die verschiedenen Eisenindustrien Deutschlands je nach ihrem Standort unter dem Einfluß ihres verschiedenenartigen Erzbezuges sich entwickelt haben.

Dies alles beweist nur den vorhandenen Erzbedarf Deutschlands, der so auch von keiner Seite geleugnet wird. Mit diesen Beweisen scheint uns Gothein offene Türen einzurennen.

Verschieden sind natürlich die Schlussfolgerungen, die aus dem vorhandenen Bedarf gezogen werden können. Zur Deckung des Erzbedarfes kann man einen Frieden verlangen, der einen ungeschürten Erzbezug sichert. Oder man kann Annexionen von Gebieten verlangen, welche Erzgruben enthalten.

Die Schwerindustrie kennt natürlich diesen Unterschied nicht. Für ihre annexionspolitischen Ziele muß „Erzbedarf“ notwendig zu „Erzbeschaffung“ führen. Eine Deckung des Bedarfs durch Bezug von auswärts kommt für sie nicht in Frage, weil dadurch ihre Dividende begrenzt werden könnte. Ein Anschlag an diese primitive Anschauungsweise findet sich auch bei Gothein. So erklärt er: „Niemand konnte die Bedeutung der Vorkrieger Minette voraussehen, als wir 1871 einen Teil jenes Erzbeckens erwarben, sonst würde man wohl damals die Grenzen etwas anders gezogen haben.“

Nun ist aber dieses Argument, daß Bedarf durch Annexion gedeckt werden muß, ein zweischneidiges Schwert. Gothein schreibt zum Beispiel: „... so wird unserer Steinkohle spätestens in einem Jahrhundert, wenn es mit der englischen auf die Reihe geht, die endgültige Verforgung Europas und mit ihr auch die industrielle Vormundhaft über dieses zufallen.“ Frankreich fehlt es schon jetzt an Kohle. Die französischen und englischen Annexionisten könnten also mit demselben Recht die Annexion des rheinisch-westfälischen Gebietes mit seinen Kohlengruben verlangen, wie die deutschen Annexionspolitiker die des Erzbeckens von Brien.

Die offenen Annexionspolitiker leugnen dies auch gar nicht. Sie wollen die Entscheidung darüber, wessen Anspruch durchdringen soll, dem Schwert überlassen. Vom Standpunkt eines Verfechters des Machtfriedens

aus ist das wenigstens konsequent. Gothein aber, der einen „Verständigungsfrieden“ will, mag dieser auch noch so weitherzig interpretiert werden, bedarf anderer Argumente. Er muß erst nachweisen, daß ein Erzbezug von auswärts gänzlich unmöglich ist, wenn er diesen Ausweg ohne weiteres von der Hand weist.

Die Hauptlieferer von Erz an Deutschland waren im Jahre 1918 Schweden mit 4563 000 To., Frankreich mit 3811 000 To., Rußland mit 489 000 To., Algerien mit 481 000 To., Norwegen mit 303 000 To. (Wir entnehmen diese Zahlen der annexionsistischen Broschüre von Dr. Bruno Heinemann „Die feindlichen Grenzgebiete in ihrer Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben“, Berlin 1918.)

Demnach wäre Schweden der Hauptexporteur von Erz nach Deutschland. Nun sagt Gothein: „Schweden ... sucht nicht nur, trotz mangelnder Kohle, seine Industrie auf die Höhe des eigenen Bedarfs zu bringen, sondern schränkt im Hinblick auf die Zukunft bewußt seine doch so gewinnbringende Erzexporte ein.“ Damit soll nun Schweden angeblich als Lieferer von Erz auscheiden. Gerade der Mangel an Kohle, den ja auch Gothein zugibt, wird Schweden auch weiter veranlassen, sein Erz an Deutschland abzugeben. Denn auch Professor Gothein selbst gesteht zu, es mache für die Länder mit so hochwertigen Erzen, wie Spanien und Schweden, keinen so großen Unterschied ... ob sie Eisen oder die Erze selber ausführen.“

An anderer Stelle erklärt er: „Es (Schweden) wird auch in Zukunft seine eigene Eisenindustrie kaum über seinen eigenen Bedarf bei so mangelnder Kohle ausdehnen. Wenn es, wie schon bisher, für einen rationellen Abbau seiner Lager sorgt, so kann uns das nur angenehm sein.“

Auch von den übrigen Ländern werden nach Gotheins eigener Voraussage die Lieferungen nicht ausbleiben: „Ebenso wird Spanien immer seinen Vorteil darin sehen, die eisenerzeugenden Industrien aller Länder gleichmäßig zu bedienen.“ Die Manganerze des Kaufasus werden, sobald die Wege sich geglättet haben, und der deutsche Besitz dort wieder hergestellt ist, wieder leicht für uns zu haben sein.“ Nur betreffs der indischen Erze ist Gothein pessimistischer. Doch scheint er auch selbst ihnen keine besondere Bedeutung beizumessen.

Grau in grau dagegen malt er den zukünftigen Erzbezug aus Frankreich. Ausführlich schildert er alle Verwaltungsmaßnahmen und „Chikanen“, die schon bisher den Erzbezug Deutschlands aus Frankreich erschwert und in überflüssiger Weise wesentlich verteuert hätten. Der Franzose hat im Frieden meist unter glatten Neben eine Anzahl von Kniffen verwendet, die alle in gleicher Weise den bösen Willen kundgaben.“ Für die Zukunft erhofft Gothein keine Besserung. Im Gegenteil: „... daß wir mit einer dauernd feindlichen Stimmung in Frankreich zu rechnen haben, die gerade die kleinen Gelegenheiten benützt, um uns zu schädigen — das ist nur zu gewiß.“

Woher kam denn dieser „böse Wille“ bei Frankreich? Ist er tatsächlich nicht zu beseitigen? Näheres darüber in einem zweiten Artikel.

Quittung.

Für den Pressfonds. 2. Kreis. O. G. durch Lohmann 2 Mk., durch Wahlverein Neukölln 5 Mk.

Für die Reichstagswahl in Niederbarnim. Schwarzkopf Liste 1510 24 Mk., 1511 5 Mk.; Stahlwerk Beder 1514 12,50 Mk., 1515 28 Mk., 1516 21 Mk., zusammen 90,50 Mk.

Für die Familien der Inhaftierten und Berurteilten gingen beim Unterzeichneten folgende freiwillige Beiträge ein: Arbeiter Firma Rohrbach 24,00 Mk., Aus der Schererkasse der Firma Bloch u. Co., Berlin-Gr. 10, 10 Mk., Lindenwalde durch Scholz 40 Mk., mehrere Genossen eines Krankenhauses 14 Mk., Dimbelten 1. Rate 63,75 Mk., 2. Rate 220,05 Mk., 3. Rate 137,20 Mk., A. E. G. Henningsdorf Liste 4377 136 Mk., 4378 71,50 Mk., 4379 84 Mk., Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Fischer, Neue Königsstr., 5. Rate 44,50 Mk., Manoli Liste 3709 40 Mk., Wahl durch Koch für 20 Mk., Tonning durch Bötz 50 Mk., Iserlohn durch Bremer 151,50 Mk., Krause, Berlin 200 Mk., aus Schöneberg durch B. 3 Mk., 2. Kreis 600 Mk., darunter 343,75 Mk. 2. Rate durch Krüger-Friedenau, auf Liste 4015 16,30 Mk., 4583 25 Mk., 4584 26,50 Mk.

2. Kreis. Bei der in Nr. 50 veröffentlichten Quittung über 1522,60 Mk. muß es heißen: Darunter Samson-Werke 1. Rate 312,05 Mk.

Richard Herbst, Schicklerstraße 5.

Der Kasse des 4. Kreises zugeführt: Vom Verbandsrat der Bauarbeiter an den Genossen Paul Hoffmann bezahlte Lohnentschädigung 89,10 Mk., R. Hoffmann 1,30 Mk., Trög 1,30 Mk., H. Sedel 1,30 Mk., Redmann 1 Mk., Marowski 1,30 Mk., R. Schulze 1,30 Mk., P. Schmidt 2 Mk., Wandt 80 Pf., Röther 5 Mk., A. M. Schmidt 1,30 Mk., F. Sch. Feld 5 Mk., M. B. 5 Mk., P. R. 2 Mk., Nowes 2 Mk., S. Foerster 2 Mk., Wandt 40 Pf., S. Zimmermann 1 Mk., Volkmann 3 Mk., P. D. Feldg. 2 Mk., Buchholz 2 Mk.

An Geldern für Unterstützungszwecke gingen auf Sammlungen bis 10. 3. ein: Wahlkreisorganisation Frankfurt a. M. 521,30 Mk. (darunter auf Liste 815 90 Mk., 775 26 Mk., 960 und 972 44 Mk., 966 20,80 Mk., 18716 51 Mk., 18723 42 Mk., 18709 18 Mk., durch Aug. Sch. 87,75 Mk., Liste 822 54 Mk., 18806 53,50 Mk., 821 25 Mk., 18732 33,25 Mk., 852 26 Mk., Ungenannt 10 Mk. Von Bodenheim (Kreisorganisation Hanau-Bodenheim-Weinhausen-Orb) 184,70 Mk., darunter Liste 18513 51,50 Mk., 18510 17,20 Mk., 18508 50,50 Mk., 18509 und 18515 65,50 Mk. Kreis Schickler-Homburg-Nellingen 398,80 Mk. (darunter von Hebdernheim 130 Mk., Kristel 51,50 Mk., Höhn 62 Mk., Nied 88 Mk., Effenheim 62,30 Mk., Soden 5 Mk.) Auf Konto aus Ludwigshafen 500 Mk., Staffel Kreis Diez-Simburg 4 Mk., Lampertheim

(Kreis Worms) 48 Mk., Kreis Offenbach 48,70 Mk., (von Hienburg a. Konto 28,70 Mk., Urberod 20 Mk.), Wixhausen (Kreis Darmstadt) 20,30 Mk.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Südwestdeutschland. Sekretariat Frankfurt a. M.

An die Freunde des Mitteilungsblattes!

Die nächste Nummer des Mitteilungsblattes muß des Karfreitags wegen früher fertiggestellt werden. Wir bitten, alle für diese Nummer bestimmten Mitteilungen bis Montag abend an die Redaktion gelangen zu lassen. Nur Inserate werden Dienstag vormittag noch entgegengenommen. Redaktion des Mitteilungsblattes.

Abonnements - Einladung.

Unser Blatt kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Es kostet pro Vierteljahr einschließlich Bestellgeld 1,42 Mk. Am 1. April beginnt ein neues Abonnement. Die bisherigen sowohl wie neu hinzutretende Postabonnenten tun gut, möglichst sofort bei der zuständigen Postanstalt den Weiter- bzw. Neubezug des Mitteilungsblattes zu bewirken.

Für Feldpostabonnenten haben wir ein Abonnement eingerichtet zum Preise von 1,30 Mk. pro Vierteljahr.

Redaktion und Verlag des Mitteilungsblattes
Berlin D. 27, Schicklerstraße 5.

U. Hoffmann's Verlag.

Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur
G. m. b. H.

Berlin O. 27, Blumenstraße 22, I.

(Geschäftszeit ab 3. April von 9 bis 2 Uhr.)

Durch Neuorganisation des Geschäfts

ist nun auch die Abteilung eines **Sortiments** angefügt.

Bestellungen auf alle Erscheinungen des Bücher- und Musikalienmarktes werden prompt und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Schriften, Theater- und Musikalienkataloge auf Wunsch gratis und franko.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte Abende

Auswahlendungen

an Vereine bereitwillig. (Vereinstempel ist der Bestellung beizufügen und die Nummer des Kataloges anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Herausgabe und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die dem freien Gedanken und den Prinzipien der wahren Sozialdemokratie nicht widersprechen.

Der freundlichen Unterstützung aller Genossen entgegensehend
D. D.

Männer- und Frauen-Chor „Ost“.

Oster-Konzert

am Montag, den 1. April (2. Osterfeiertag)

in der Festhalle des Stadthauses

unter Mitwirkung namhafter Künstler.

Eintrittspreis inkl. Garderobe und Liedertexte 1 Mk.

Billetts sind zu haben im Wahlvereinsbüro, Schicklerstraße 5. Paul Schneider, Dufelandstr. 90. Max Muffent, Marienburger Str. 7. Frau Beyer, Friedrichsfelder Str. 12. Carl Gertis, Niederbarnim-Str. 8. Kasimir Kolasewitsch, Gr. Frankfurter Str. 15.

Unserem lieben Genossen
Karl Weber und Gattin
die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.
Die Genossen und Genossinnen
der 17. Abteilung des 4. Kreises.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Donnerstag, den 28. März, abends 8 Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauses:

Kunstabend

bestehend aus Kammermusik, Gesang und Rezitationen.

Saaloöffnung 7 Uhr.

Eintrittspreis 75 Pfennig.

Karten sind im Verbandsbüro, Schicklerstraße 5, im Büro des 4. und 6. Wahlkreises, sowie des Ortsvereins Neukölln, bei den Bezirksführern der Wahlkreisorganisationen und in der Bibliothek der Arbeiterbildungsschule zu haben. — Der Reinertrag ist für die Arbeiterbildungsschule bestimmt.

Dem Genossen und Bezirksführer
Artur Leinhübner nebst Frau
die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Funktionäre
der 6. Abteilung des 5. Kreises.

Nachruf!

Im Alter von 84 Jahren erlag unser Mitglied,
der Photograph

Carl Gleich

einem Herzschlag.

Ehre seinem Andenken!

Unabhängiger sozialdemokratischer Verein
für Danzig Stadt und Land.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 22. 10. 17 auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser langjähriger Parteigenosse

Hermann Gallien

Vorkstr. 44, Bezirk 61.

Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Krieges verstarb am 4. März 1918 unser Genosse, der Armierungssoldat

Carl Wulschke

Osterstraße 45, 16. Bez.

an Bauch- und Blinddarmentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

2. Wahlkreis.

Am 12. d. M. starb unsere Genossin, Frau

Bertha Krug

Göbenstr. 7, 1. Abt. 3. Bez.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Am Sonntag, den 17. d. M., verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriger Parteigenosse

Eduard Dreher

2. Abteilung, Bezirk 40.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. nachmittags 8 Uhr, in Pantow, Luther-Kirchhof, statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

3. Wahlkreis.

Am 9. März verstarb unser Mitglied, der Schlosser

Max Richter

1. Abteilung.

Am 10. März verloren wir durch den Tod unsere Genossin

Otto

aus der 10. Abteilung.

4. Wahlkreis.

Am 24. Februar verstarb unsere Genossin

Hedwig Bildt

Grünauer Straße 26, Bezirk 200 L.

Wahlverein Neukölln.

Unser Genosse

Franz Filter

Schönweider Straße 18, 10. Bez.

ist verstorben. Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, den 28. 3. 18, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofs, Am Mariendorfer Weg, Götlied-Dunkelstraße.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Pletzenberg.

Am Sonnabend, den 9. 3. 18, verstarb unser Mitglied

Albert Tenz

2. Viertel, 6. Abteilung, 23. Gruppe.

Ehre ihrem Andenken!

Verschiedene Kritiker der Bolschewiki.

Von Karl Kautsky.

Als die Bolschewiki in Petersburg die politische Macht eroberten, hat ihnen gar mancher unserer Freunde zugejubelt. Das war sehr begreiflich angesichts der Tatkraft, mit der sie sich an die Durchsetzung der uns mit ihnen gemeinsamen sozialistischen Ziele machten. Einige unter uns, darunter auch ich, standen ihnen jedoch kritisch gegenüber, nicht weil wir ihre Endziele verwerfen, sondern weil wir befürchteten, ihre Aktionsmethoden würden uns diesen Zielen nicht nähern, sondern vielmehr von ihnen entfernen.

Diese Kritik wurde geübt zu einer Zeit, da die Bolschewiki nicht nur in Russland oben auf waren, sondern sich auch der Gunst der bürgerlichen Welt Deutschlands erfreuten und dementsprechend den Beifall der Regierungsozialisten fanden.

Das hat sich seitdem sehr gewandelt. Die bürgerlichen Parteien, die Regierung ebenso wie die Regierungsozialisten, wollen von den Bolschewiki nichts mehr wissen. Diese können sie nicht energisch genug verurteilen. Da droht den Kritikern aus den Reihen der unabhängigen Sozialdemokratie die Gefahr, in eine Gesellschaft zu geraten, in die sie sehr wenig hineinpassen. Unter diesen Umständen wird es dringend notwendig, daß wir auch einen dicken Trennungsstrich ziehen und zwar einen zwischen uns und den mehr oder weniger bürgerlichen Gegnern des Bolschewismus, und daß wir zeigen, worin sich unsere Kritik von der ihrigen unterscheidet.

Der Hauptvorwurf, den die anderen dem Bolschewismus machen, ist der, daß er die Revolution von Osten nach Westen tragen wolle. Das ist ein Vorwurf in den Augen nicht bloß der bürgerlichen Parteien, sondern auch der Regierungsozialisten. So sagte Scheidemann in seiner Reichstagsrede vom 26. Februar (nach dem Bericht des „Vorwärts“):

„Wenn der Bolschewismus jetzt verlangt, wir sollten durch eine Revolution den entstandenen Schaden wieder gutzumachen suchen, verlangt er zu viel von uns. Noch stehen wir im Kriege, und bolschewistische Rezepte haben sich nicht so bewährt, daß ihre Anwendung auf Deutschland zu empfehlen ist.“

Scheidemann lehnt also die Revolution ab, nicht etwa deswegen, weil er das Streben nach ihrer Herbeiführung momentan für aussichtslos hält, sondern weil die siegreiche Revolution Deutschland ruinieren müßte. Es ist das erste Mal seit dem Bestehen der deutschen Sozialdemokratie, daß ein Sozialdemokrat diese Ansicht im Reichstag äußerte, und noch dazu unter Zustimmung seiner engeren Parteigenossen. Bis her lebten wir der Überzeugung, daß, wenn die von uns vertretenen Politik aus Ruher käme — und das wäre durch die Revolution — dies Deutschlands Rettung aus seinen Nöten bedeuten müßte und nicht seinen Untergang.

Unsere Kritik an dem Bolschewismus ist ganz anderer Art. Wir werfen ihm nicht vor, daß er die Revolution von Ost nach West tragen wolle und sie im Ausland propagiere. Unsere Kritik wendete sich dagegen, daß der Bolschewismus verkannte, wie sehr die Bedingungen der Revolution im jetzigen Russland verschieden sind von denen einer Revolution im heutigen Westeuropa.

Der Umsturz des Zarismus und seine Ersetzung durch die Demokratie war eine Notwendigkeit geworden für die ganze bürgerliche Gesellschaft Russlands. An dieser Revolution wirkten nicht nur Proletarier mit, wenn auch diese, wie in jeder Revolution, von Anfang an im Vorkampfe standen; sondern auch die Kleinbürger, die Bauern, die Intellektuellen, viele Adelige und sogar Großgrundbesitzer. Die Mehrheit der Armee und auch die Offiziere stimmten ihr zu.

Ganz anders in Westeuropa. Hier entsprechen, wenn auch nicht immer die jedesmaligen Regierungen, so doch das herrschende Regierungssystem, genügend den bestehenden Klassen. Diese haben keine Ursache, sie grundstürzend zu ändern. Die einzige Klasse, die für eine derartige Aenderung, eine Revolution, hier in Betracht kommt, ist das Proletariat. Es hat dabei die gesamte bürgerliche Gesellschaft gegen sich, darf auf eine Aenderung des Staatsorganismus in seinem Sinne nur rechnen, wenn es härter ist als alle übrigen Klassen zusammengenommen. Da seine Macht in seiner Masse liegt, kann es dies nur dort erwarten, wo es den zahlreichsten Teil der Bevölkerung bildet. Die beste Methode, das Gewicht seiner Ueberzahl zur Geltung zu bringen, die schmerzloseste Methode, die einzige, die dauernde Resultate verheißt, ist die der Demokratie. Das Proletariat wird sich in ihr um so eher durchsetzen, je größer seine politische Intelligenz und sein Zusammenhalt.

Von diesen Bedingungen sind in Westeuropa die meisten ganz oder doch annähernd erreicht. In den entscheidenden Großstaaten, namentlich Deutschland und England, bildet das Proletariat bereits die Mehrheit der Bevölkerung. Es ist auch zum politisch intelligentesten Teil der für die demokratische Politik entscheidenden Wählermassen geworden, und von den demokratischen Formen sind wenigstens die unerlässlichsten so ziemlich überall eingeführt.

Wenn das Proletariat trotzdem noch nirgends die Macht erobert hat, so ist dies zum großen Teil seinem Mangel an Geschlossenheit zuzuschreiben. Die Scheidemann und Stamper werden behaupten, daß sie das immer gesagt haben und immer für die Einigkeit eingetreten seien. Aber es gilt anderes, als sie meinen. Die erste Bedingung proletarischer Geschlossenheit besteht nicht darin, daß das Proletariat einmütig einigen Leithameln nachläuft. Die Geschlossenheit der Herdentiere bedeutet keinen intellektuellen Aufstieg des Proletariats. Die erste Bedingung proletarischer Ge-

schlossenheit ist vielmehr seine geistige Selbständigkeit, seine Unabhängigkeit von der bürgerlichen Führung.

Daran scheiterte bisher die politische Befreiung des Proletariats, selbst in den demokratischen Ländern, in denen es die Mehrheit des Volkes darstellt, daß es zu großen Teilen noch seine Masse nicht zur Bekämpfung, sondern zur Stützung der bürgerlichen Welt benutzte. So sind bisher noch viele Arbeiter Englands in liberalen, Amerikas in demokratischem oder republikanischem, in Frankreich zum Teil in clerikalem Fahrwasser gewesen. Auch in Deutschland ist die ultramontane Arbeiterschaft noch zahlreich.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften galten als völlig unabhängig vom bürgerlichen Denken. Wie wenig sie es waren hat die Haltung nicht weniger unter ihnen seit Ausbruch des Krieges bewiesen. Sie haben sich bürgerlicher Führung unterworfen, an das Wohlwollen und Vertrauen der linksstehenden bürgerlichen Parteien appelliert, das heißt derjenigen, die nicht unabhängig von Arbeiterstimmen sind, sondern auf deren Bewunderung und Vertrauen in ausreichendem Maße erworben, was sie als Wahrgeld ihres Einflusses in der bürgerlichen Welt buchen, was aber nur den Verzicht auf den Kampf für alle Forderungen bedeutet, von denen die bürgerlichen Parteien nichts wissen wollen.

So lange diese Spaltung des Proletariats in einem vom bürgerlichen Denken abhängigen und einem unabhängigen Teil fortbestand, ist in Westeuropa eine grundstürzende Aenderung der hier herrschenden Systeme, die allein von der Arbeiterklasse ausgehen kann, nicht zu erwarten. Der Krieg hat diese Spaltung, die er vorand, nicht überwunden, sondern bisher nur vertieft. Sie kann allerdings durch große, tiefgreifende Ereignisse schnell überwunden werden. Aber das ist nur eine Möglichkeit, keine Gewissheit.

Die Bedingungen der Revolution sind in Westeuropa also ganz anders als in Russland, und es ist ganz verkehrt, zu sagen, wie es so oft hüben und drüben geschieht: Was in Russland möglich war, muß auch in Westeuropa möglich sein, um so leichter möglich, da wir ja ökonomisch vorgeschritten sind.

Kein Zweifel, wir im Westen sind ökonomisch weiter, aber gerade dadurch sind die westlichen Regierungssysteme den bürgerlichen Interessen viel besser angepaßt, als es in Russland der Fall war, und erscheint das Proletariat, weil zahlreicher, den anderen Klassen gefährlicher. Beides sind ausreichende Gründe für sie, sich um die Regierungsgewalt zu scharen, die in ihnen eine weit härtere Stütze findet, als sie der Zarismus fand.

Diesem ansehnlichen Nachteil der höheren ökonomischen Entwicklungsstufe steht indessen auch ein großer Vorteil gegenüber. Wenn in Westeuropa das Proletariat einmal aus Ruher kommt, stößt es sofort die Elemente für die Durchsetzung des Sozialismus vor. Dieser wird dann nicht sein fernes Endziel, sondern seine nächste praktische Aufgabe, worunter man sich natürlich nicht die Einführung eines fertigen Zukunftsaabtes binnen 24 Stunden vorstellen darf.

Ganz anders steht's in Russland. Dort bildet die großindustrielle Bevölkerung nur einen geringen Bruchteil der Gesamtmasse des Volkes, deren größter Teil aus Bauern besteht, vielfach Analphabeten, von der Welt isoliert, dank den schlechten Verkehrsverhältnissen, ohne jede politische und organisatorische Schulung, die die längere Ausübung demokratischer Rechte verleiht.

Auf diesen Grundlagen läßt sich ein sozialistisches Gemeinwesen nicht aufbauen. Die russische Revolution kann als nächste Aufgabe nur die haben, die Demokratie durchzuführen und zu befestigen, das politisch fortgeschrittenste Staatswesen Europas zu werden und dadurch den Vorsprung Westeuropas bald einzuholen.

Diese Aufgabe war bisher und für sich allein schon gewaltig. Die Bolschewiki wollten mehr. Indem sie die Verschiedenheit zwischen Ost und West verkannten, glaubten sie, aus derselben historischen Situation, die die russische Revolution erzeugte, müsse ohne weiteres auch die westeuropäische hervorgehen. Und andererseits, weil in Westeuropa die nächste praktische Aufgabe einer Revolution der Sozialismus wäre, tresse das auch für Russland zu.

So wagten sie sich an eine Aufgabe, an der sie scheitern müßten. Es bedurfte eines ungeheuren Maßes von Tatkraft und Intelligenz, um sich gegenüber den enormen und rasch anwachsenden Schwierigkeiten überhaupt so lange zu behaupten, wie es den Bolschewiki bisher gelungen ist. Diese Anerkennung verdienen sie. Aber alle Tatkraft und Intelligenz vermochten ihnen nicht die Kraft zu verleihen, die eberne Logik der Dinge zu durchbrechen. Diese Logik trieb sie immer weiter auf dem Wege des Verderbens.

Da unter den gegebenen sozialen Bedingungen Russlands die Demokratie nicht zum Sozialismus führt, mußten sie die Demokratie über Bord werfen, ihre Diktatur, die nicht gleichbedeutend ist mit der des Proletariats, an Stelle des Regimes der durch das demokratischste Stimmrecht gewählten Konstituante setzen. Sie gewannen dadurch trotzdem nicht die Kraft, den Sozialismus durchzuführen, vernichteten aber das, was die wirkliche Aufgabe der russischen Revolution war, die Demokratie. Sie untergraben auf diese Weise den Boden des revolutionären Staatswesens und damit die Revolution selbst.

Nicht gegen die revolutionäre Propaganda der Bolschewiki im Ausland wendet sich unsere Kritik, sondern gegen ihre antidemokratischen Methoden im Innern, die die Revolution nicht retten, sondern verderben.

Gerade das ist aber nicht dasjenige, was ihre bürgerlichen Gegner in Deutschland ihnen zum Vorwurf machen. Es wäre auch sehr sonderbar, wenn die An-

hänger des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und die Gegner des Parlamentarismus — und es gibt keine bürgerliche Partei Deutschlands, die nicht wenigstens eine Zeitlang zu ihnen gehört hätte — sich über Lenin gerade deshalb besonders entrüstet hätten, weil er vor dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht nicht genügenden Respekt empfindet und das Reichsparlament nicht zur obersten politischen Instanz erheben will.

Der Konflikt mit den Bolschewiki entspann sich vielmehr über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der russischen Nationen, wobei die Bolschewiki nicht als Verächter, sondern als Verteidiger der Demokratie, vor allem des allgemeinen und gleichen Stimmrechts auftraten. Sie standen hier auf dem gleichen Boden wie die übrigen sozialistischen Parteien Russlands, ja der Internationale. Auch hier wieder zeigte sich, daß das, was wir an den Bolschewiki aussetzen haben, nicht gerade das ist, was die Entrüstung ihrer bürgerlichen Gegner bei uns erregt.

Aber ihre Greuelthaten! Sind wir nicht da alle eines Sinnes? Nicht ganz. Natürlich bedauern und verurteilen wir jede Grausamkeit. Aber doch nur solche, die erwiesen sind. Die bloße telegraphische Uebermittlung betrachten wir nicht als Beweis. Der Telegraph hat schon so oft ganz erstaunliche Verächtlichkeit an den Tag gelegt. Was wurde schon über die Pariser Kommune 1871 zusammengelogen!

Indes, daß Bluttaten in Russland vorkommen, wer möchte das bezweifeln? Sobald die Bolschewiki an Stelle des Kampfes der Parteien durch das Wahlrecht den Kampf durch überlegene militärische Gewalt setzten, mußten sie darauf gefaßt sein, daß ihrer Gewalt gewaltiger Widerstand begegnete, daß an Stelle des Wahlkampfes der Bürgerkrieg trat. Und jeder Krieg der Waffen erheischt seine blutigen Opfer von beiden Seiten. Lehnen aber die bürgerlichen Kritiker der Bolschewiki auch ihrerseits jede Anwendung von Gewalt in der Politik grundsätzlich ab, wollen sie sie überall und unter allen Umständen durch demokratische Methoden ersetzt wissen? Und verlangen sie etwa von Deutschland, daß es überall in der Welt interveniert, wo an Stelle der Demokratie die Gewalt herrscht, und daß es anzieht, an Stelle der Gewalt die Demokratie zu setzen?

Man hat noch nie davon gehört, daß die jetzigen Kritiker der Bolschewiki die deutsche Regierung zur Intervention aufforderten.

Wenn hinten, weit, in der Türkei die Völker auseinanderlagern.

Solche Aufforderungen wurden auch nicht laut, als in den Ostseeprovinzen nach dem Niederschlagen der Revolution von 1905 die Gegenrevolution dort fast so fürchtbar hauste, wie die Kurden in Armenien.

Machen die Kritiker der Bolschewiki vielleicht einen Unterschied in den Greueln, über die sie sich entrüsten, und sehen sie etwa in Gewalttaten einen Grund zur Intervention nur dort, wo die Gewalt in den Händen von Revolutionären ist?

Diese Andeutungen dürften wohl genügen, erkennen zu lassen, daß die Kritik, die von einer Reihe unabhängiger Sozialisten an den Bolschewiki geübt wird, in eine ganz andere Kerbe haut, als die Kritik ihrer bürgerlichen Gegner und ihres aus sozialistischem Lager stammenden Anhangs bei uns. Der Gegensatz zwischen der einen und der anderen Art Kritik ist ebenso groß, wie zwischen der Stellung der einen und der anderen Kritiker zur Revolution.

Den bürgerlichen Kritikern ist die Mißachtung der Gebote der Demokratie durch die Bolschewiki recht gleichgültig, wo nicht gar inympathisch. Dagegen stößt bei ihnen jeder Schritt zur Behauptung oder gar Ausdehnung der Revolution auf entschiedenste Abweisung. Und dagegen erscheint für das jetzige Russland die Rettung der Demokratie gleichbedeutend mit der Rettung der Revolution, gleichbedeutend mit dem höchsten Ausmaß von Macht, die das Proletariat ohne Rückschlag unter den gegebenen Bedingungen zu erlangen und zu behaupten vermag. Und darum, im Interesse der Revolution und des Proletariats, ist unsere dringendste Forderung die Hochhaltung der Demokratie.

Die Resolutionen der Sozialistischen Interalliiertenkonferenz.

Die sozialistische Interalliiertenkonferenz, die am 20. Februar in London zusammentrat, hat das Ergebnis ihrer Arbeiten in zwei Resolutionen niedergelegt, deren Wortlaut wir im folgenden veröffentlichen. Die erste Resolution beschäftigt sich mit dem Krieg und der Stellung der Ententesozialisten zum Kriege, die zweite mit den Friedensbedingungen und dem Aufbau der Welt nach dem Kriege.

I.

Der Krieg.

Die Interalliiertenkonferenz erklärt, daß, welches auch die Ursachen gewesen sind, die den Krieg herbeiführt haben, die Völker Europas, die naturnotwendig die hauptsächlichsten Opfer der Schrecken des Konfliktes sind, tatsächlich selbst keine Verantwortlichkeit dafür haben.

Die Konferenz sieht keinen Grund dafür, sich von der einstimmig von der Konferenz der alliierten sozialistischen und Arbeiterparteien am 14. Februar 1916 angenommenen Erklärung zu trennen. (Es folgt noch einmal der Text dieser Erklärung.)

II.

Die Welt muß sicher für die Demokratie sein.

„Welches auch die Ziele sein mögen, für die der Krieg unternommen wurde, so ist die Hauptabsicht der Interalliiertenkonferenz, indem sie die Fortsetzung des Kampfes annimmt, für die Zukunft der Demokratie alle Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.“

Von allen Friedensbedingungen ist keine für die Völker der ganzen Welt so wichtig, als den Frieden so zu machen, daß es in Zukunft keinen Krieg mehr geben kann. Wer auch Sieger sein wird, die Völker werden sich als die Unterlegenen fühlen, wenn man nicht ein internationales Regime aufrichtet, das dazu bestimmt ist, jeden Krieg zu verhindern. Was würde es helfen, das Recht der Völker über sich selbst zu bestimmen, zu proklamieren, wenn dieses neuen Verletzungen ausgesetzt bliebe, wenn es nicht durch eine oberste internationale Macht geschützt, die nichts anderes sein kann als die Gesellschaft der Nationen.

Nicht nur die gegenwärtig kriegsführenden, sondern auch die andern souveränen und unabhängigen Staaten müssen aufgerufen werden, sie zu bilden.

Die so verstandene Gesellschaft der Nationen setzt die sofortige Errichtung eines internationalen Gerichtshofes voraus, nicht nur, um alle die Beschwerden zwischen den Staaten auszutragen, die auf dem Wege des gewöhnlichen juristischen Ganges gelöst werden können, sondern um eine schnelle und praktische Vermittlungsmethode bei Streitigkeiten zwischen den Staaten festzulegen, für Angelegenheiten, die sich aus der Macht und Ehre dieser Staaten ergeben.

Unter der Kontrolle der Gesellschaft der Nationen soll sich auch die Befragung der Völker vollziehen. Das Recht der Völker ist nur gültig durch die Abstimmung der Völker. Die Gesellschaft der Nationen muß die internationalen Verfahren aufstellen, die Modalitäten regeln, durch die die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Abstimmung gewährleistet werden; die individuellen politischen Rechte wieder herstellen, die infolge der Eroberung gelitten haben werden; die Versuche der Fälschung und der Korruption unterdrücken; die Vergeltungsmahregeln aller Art verhindern, die, gegen wen es auch sei, nach der Abstimmung ausgeübt werden könnten.

Es wird endlich am Platze sein, eine internationale gesetzgebende Versammlung zu bilden, in der die Vertreter aller zivilisierten Länder ihren Sitz haben, so wie es angebracht sein wird, graduell und lebhaft eine internationale Gesetzgebung zu entwickeln, die bestimmt ist, alle daran teilnehmenden Staaten untereinander zu verbinden.

Durch eine feierliche Verpflichtung müssen alle Staaten, alle Völker, die zu diesem Zwecke befragt werden, die Versicherung geben, daß die Konflikte, die unter zweien oder mehreren von ihnen entstehen, dem so eingesetzten Schiedsgericht unterworfen werden.

Die Zurückweisung des Schiedsgerichts oder seiner Entscheidung wird der Beweis des vorherbedachten Angriffs sein, und alle Völker werden notwendigerweise mit allen ihnen zur Verfügung stehenden ökonomischen oder militärischen Mitteln gemeinsame Sache machen, gegen diesen oder jenen der Staaten, die sich weigern würden, den Schiedspruch anzuerkennen oder die den allgemeinen Friedensvertrag brechen wollten.

Aber die lokale Annahme der Regeln und Entscheidungen der internationalen Organisation beruht auf einer vollkommenen Demokratisierung in allen Ländern.

Ausschaltung aller absoluten Mächte, die bis jetzt verpflichtet waren, zwischen Krieg und Frieden zu entscheiden; parlamentarische Versammlungen durch und für das souveräne Recht des Volkes gewählt; Abschaffung der Geheimdiplomatie, die einer auswärtigen Politik Platz macht, die der Kontrolle der gesetzgebenden Versammlungen unterliegt; Veröffentlichung aller Verträge, die niemals im Widerspruch stehen dürfen mit den Grundätzen der Gesellschaft der Nationen, unbedingte Verantwortlichkeit der Regierungen und besonders der Minister der auswärtigen Angelegenheiten aller Länder vor ihren Parlamenten; nur eine solche Politik wird die sichere Abschaffung jeder Art Imperialismus gestatten.

Begleitet von einer solchen Verallgemeinerung der Demokratie, in einer Welt, wo die wirkungsvollen internationalen Garantien gegen jeden Angriff gesichert sind, wird die Gesellschaft der Nationen zu der vollkommenen Ausschaltung der Macht als Mittel internationaler Konflikte zu entscheiden gelangen.

Die Gesellschaft der Nationen muß bei der Vorbereitung der vereinbarten Abschaffung der militärischen Dienstpflicht in allen Ländern zuerst übergehen: 1. Zur Untersagung neuer Rüstungen zu Lande sowohl als zur See; 2. Selbst zur Begrenzung der Unterhaltung der Rüstungen, mit denen die Völker überlastet sind; 3. zur Kontrolle der Kriegsfabrikationen und zur Durchführung der Konventionen, die zu diesem Zwecke errichtet werden. Die Staaten, die diese Forderungen selbst übernehmen, müssen die großen Privatfirmen radikal unterdrücken, die von den Rüstungen profitieren und die versucht sind, zugunsten ihres Gewinnes zu manövrieren, um Kriegsandrohungen zu provozieren, und die ein Regime der auf die Vorbereitung von Kriegen hinauslaufenden Konkurrenz schaffen.

Die Nationen, die nur zu ihrer Verteidigung gerüstet sind und für die Aktion, die unter Umständen die Gesellschaft der Nationen zur Verteidigung des internationalen Rechts einmal von ihnen verlangen kann, werden die Freiheit haben, unter internationaler Kontrolle ein freiwilliges Rekrutierungssystem einzurichten oder auch die bewaffnete Nation außerhalb des Regimes der Kasernenarmeen und des langfristigen Militärdienstes zu organisieren.

Die sozialistische Internationalkonferenz erklärt, daß unter Anwendung dieser allgemeinen Prinzipien die Grundlagen der Gesellschaft der Nationen ein integrierender Teil des Friedens selbst sein und als Ausgangspunkt bei der Regelung der Schwierigkeiten dienen muß.

In diesem Geiste stimmt sie den von Herrn Wilson in seiner letzten Botschaft formulierten Bedingungen zu.

Erstens, jeder Teil der edgültigen Regelung muß auf der wirklichen Gerechtigkeit des besonderen Falles und auf den besten Vereinbarungen einen dauernden Frieden herbeizuführen basieren sein.

Zweitens, die Völker und die Provinzen dürfen nicht Handelsgegenstand zwischen Herrschaft und Herrschaft sein, als ob sie einfache Objekte oder einfache Figuren eines Spieles, selbst des großen, jetzt für immer diskreditierten Spieles, des Gleichgewichts der Kräfte wären.

Sondern, drittens, jede territoriale Regelung, die sich an diesen Krieg schließt, muß im Interesse und zum Wohle der interessierten Bevölkerungen und nicht als Teil eines Kompromisses der Vergeltung zwischen rivalisierenden Staaten gemacht werden.

Viertens, alle wohlbegründeten nationalen Ansprüche müssen die vollständigste Befriedigung erhalten, die gewährt werden kann, ohne neue Elemente der Verstimmung oder des empfindlichen Gegenstandes einzuführen oder alte zu verlängern, die mit der Zeit den Frieden Europas und als Folge den der Welt brechen könnten.

Unterzeichnet ist das Manifest von P. Renaudel als Präsidenten der Kommission und Macdonald als Schriftführer.

Die französischen und englischen Genossen erwarten eine Antwort der deutschen Genossen auf dieses Dokument, auf das zurückzukommen wir uns vorbehalten.

Der Prozeß Lazzari-Bombacci.

Nach dreitägiger Verhandlung vor dem Tribunal in Rom hat der Prozeß der Parteisekretäre der italienischen Sozialdemokratie, der Genossen Lazzari und Bombacci, mit der Beurteilung der Angeklagten zu zwei Jahren, elf Monaten Gefängnis und 2100 Lire Geldstrafe sein Ende gefunden. Lazzari und Bombacci waren angeklagt, durch ihre Propaganda die Volksstimmung entmutigt und die Widerstandskraft der Nation geschwächt zu haben. Das Gericht sah den Schuldbeweis durch vier Zirkulare als erbracht an, die Lazzari und Bombacci in ihrer Eigenschaft als Parteisekretäre verfaßt hatten. Das erste Zirkular bezieht sich auf eine geheime Zusammenkunft der intransigenten Sozialisten nach der militärischen Katastrophe in Venetien; das zweite ist an die Arbeitskammer gerichtet und wendet sich gegen einen Artikel ihres Sekretärs Rigola, der nach der Niederlage bei Caporetto, ebenso wie Turati und Treves, für einen kräftigen Widerstand gegen die feindliche Invasion eingetreten war. Im dritten Zirkular wurde der Ministerpräsident Orlando wegen seiner Rede nach dem italienischen Zusammenbruch und den darin enthaltenen schweren Vorwürfen gegen die Sozialisten angegriffen. Das vierte Zirkular endlich ist eine Aufforderung an die sozialistischen Bürgermeister der Lombardei, allen Forderungen zu Ehren Orlando's anlässlich seines Besuches in Mailand fernzubleiben.

Lazzari und Bombacci bekannten sich als Urheber der Zirkulare und übernahmen die volle Verantwortung für sie. Dagegen wollten sie nicht zugeben, mit diesen Rundschreiben die Stimmung und die Widerstandskraft der Nation zerrütet und geschwächt zu haben. Eine Propaganda des Disfaktismus (Zusammenbruchstheorie) habe ihnen ferngelegen. Sie ständen auf dem Standpunkt: weder Begünstigung noch Sabotage des Krieges, sondern unparteiliches Bessertestehen. Eine Begünstigung des Feindes habe ebensowenig in ihrer Absicht gelegen, wie die Unterstützung der eigenen Regierung. Dafür könnten sie anführen, daß, als im September 1914 Sudekum nach Italien kam, um die italienischen Sozialisten für seine Ideen zu gewinnen, diese ihm eine kräftige Lektion erteilt hätten. Auch ein über Amerika und die Schweiz gerichtetes Angebot an die italienische Partei, 250 000 Dollars für die Friedenspropaganda in Italien zur Verfügung zu stellen, habe Lazzari im Namen der Partei mit Verachtung zurückgewiesen. Die Haltung der Partei werde weder durch die Interessen der Entente noch durch die ihrer Gegner, sondern einzig und allein durch die Prinzipien des internationalen Sozialismus, sowie durch die Direktiven der internationalen Kongresse bestimmt. Auf diesen hätten die Sozialisten aller Länder die Verpflichtung übernommen, im Falle eines Krieges für die Beilegung oder Eindämmung des Konfliktes in ihrem Lande zu wirken, und diese Verpflichtung hätte die italienische Partei erfüllen wollen. Die Propaganda des Friedens könne keine Entmutigung der Volkseele zur Folge haben, dessen Widerstandskraft nicht schwächen, sondern nur heben. Die Sozialisten hätten die Vaterlandsidee überwunden und einen über sie hinausführenden Standpunkt erreicht: die Solidarität der Proletarier aller Länder und Nationen. Er allein sei Richtschnur ihres Handelns.

Zahlreiche Abgeordnete, die als Zeugen vernommen wurden, so Turati, Treves, Frampolini u. a. bestätigten, daß die Verantwortung für die inkriminierten Handlungen keineswegs Lazzari und Bombacci als Privatpersonen, sondern als Sekretären der Partei und damit der Partei als ganzem zufallen; auch sie hätten, trotz abweichenden Standpunktes, an Stelle Lazzaris ebenso gehandelt.

Ungeachtet dieser Erklärungen, die um so mehr Beachtung verdienen, als sie den offiziellen Standpunkt der Partei ausdrücken, kam das Gericht zu seinem eingangs erwähnten Urteile. Offensichtlich sollte die gesamte Partei damit getroffen werden, in Wahrheit hat sich aber das Gericht und das zurzeit in Italien herrschende System mit diesem Urteil einen ewigen Schandfleck aufgetragt. Das Justizverbrechen an den tapferen Wortführern der italienischen Partei wird das Proletariat nur noch in seinem Kampfe bestärken, und die Sympathien der gesamten ihren Grundätzen treugebliebenen Internationale werden die verurteilten Genossen in den Kerker begleiten.

Der wohlthätige Kammerherr.

Im Reichstage wurden kürzlich die „Verdienste“ des Kammerherrn der Kaiserin, v. Behr-Pinnow, einer Würdigung unterzogen. Herr v. Behr-Pinnow steht an der Spitze vieler Wohlthätigkeitsvereine. Während des Krieges kam er auf den Gedanken, den Heimarbeiterrinnen eine besondere Wohlthat zu erweisen. Er wollte ihnen lohnenden Verdienst verschaffen. Und weil er über gute Beziehungen verfügte, fiel es ihm auch nicht schwer, Lieferungen auf Süde für die Heeresverwaltung zu erhalten. Er hatte seine Leute an der Hand, die in die Welt hinausposaunten, welche große Wohlthat den Arbeiterinnen erwiesen wurde durch diese Beschaffung von Arbeit. Wir, die wir damals noch im „Vorwärts“ tätig waren, standen gleich sehr mißtrauisch dieser Wohlthat gegenüber und waren trotz eindringlichen Einreden von dieser Wohlthat gar nicht zu überzeugen. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der wohlthätige Kammerherr es verstanden hat, sein persönliches Interesse aufs beste wahrzunehmen. Herr v. Behr-Pinnow ging unter die Gründer, er gründete eine G. m. b. H. mit einem Herrn Rose. Und nun flossen die Verdienste reichlich, weniger für die Säckel nährenden Heimarbeiter, sondern für ihn selber. Der Gesamtumsatz betrug mit der Zeit 27 Millionen, der Verdienst über 4 1/2 Millionen Mark, obwohl schon immer lebhaft Klagen kamen, daß den Arbeiterinnen nicht einmal der ihnen zustehende Lohn von 80 Pf. gezahlt wurde, der festgesetzt war. Es ist unerhört, daß die Lieferungen überhaupt einem sogenannten Wohlthätigkeitsverein übertragen wurden, wo der Schneiderverband die Arbeit direkt vergab. Jetzt soll gegen den wohlthätigen Herrn ein Strafverfahren eingeleitet werden. Das Gericht hat die Erhebung einer Klage abgelehnt; jetzt ist es auf Beschwerde hin vom Kammergericht angeordnet worden.

Der Kammerherr läßt den Zeitungen mitteilen, daß nur die Masse der Lieferungen zu dem hohen Verdienst geführt habe. Man fragt sich aber auch, wie es überhaupt möglich war, daß die Sacklieferungen dieser sogenannten Gesellschaft übertragen werden konnten.

Aber schließlich, wo heute alles verdient, warum soll ein Kammerherr das nicht tun, zumal er über gute Verbindungen verfügt. Und Verbindungen machen eben heute sehr viel. Herr v. Behr-Pinnow hat infolge der Veröffentlichung seiner „verdienstvollen“ Tätigkeit seine Ämter in verschiedenen Wohlthätigkeitsvereinen niedergelegt, darunter auch das Amt eines Vorsitzenden der Auguste-Viktoria-Stiftung. Die Äffäre des Kammerherrn wirft ein Schlaglicht auf die Art mancher Wohlthäter, die sich mit dem Mantel der Uneigennützigkeit umgeben, in Wirklichkeit aber ihre persönlichen Interessen gut zu wahren verstehen.

Schonung der Kriegsgewinne.

Gewaltige Kriegsgewinne werden des Krieges unabwehrbare Folgen sein und längst sind geschäftige Federn an der Arbeit, allerlei Steuerpläne auszuküßeln. Die meisten der bis jetzt bekannt gewordenen Steuerpläne laufen darauf hinaus, das Kapital möglichst zu schonen und die Lasten in der Hauptsache auf die Schultern der breiten Masse abzuwälzen. Selbst die Kriegsgewinne möchte man der Steuerhahnen entziehen und findet dafür theoretisch die Begründung, es läge diese Art Steuerabwälzung im Interesse der deutschen Arbeiterschaft. Das große Kapital, so begründet man, müsse unangefastet bleiben, weil auf anderem Wege der Wiederaufbau des zerrütteten Wirtschaftslebens gar nicht möglich sei. Die ältesten nationalökonomischen Ladenhüter werden hervorgeholt und als unumstößliche wirtschaftliche Wahrheiten empfohlen.

Auf Gründlichkeit des Studiums der Volkswirtschaftslehre erhebt anscheinend auch ein Herr S. Marx keinen Anspruch, der in einer Vorstandssitzung des Vereins zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen in Rheinland-Westfalen über das Thema: „Die Deckung unserer Kriegskosten“ unlangst einen Vortrag gehalten hat. Dieser Vortrag ist nun auch als Broschüre erschienen. Der Anschlag auf die Taschen der breiten Masse unseres Volkes, der hier versucht wird, rechtfertigt es, uns mit dieser Broschüre etwas näher zu befassen.

Der Verfasser berechnet zunächst, daß der Mehrbedarf des Reiches allein den Betrag von 800 Millionen Mark ausmachen werde. Dieser Mehrbetrag errechnet sich aus der Verzinsung und Tilgung der Anleihen, Zahlungen an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, ferner Aufrüstung der Wehrmacht. Diesen Mehrverfordernissen stehen jedoch auch noch erhebliche Anfälle bei den früheren Einnahmen gegenüber: Verminderung der indirekten Steuern und Zölle. So kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß dem Reich allein ein Drittel des Nationaleinkommens vor dem Kriege zustießen müsse. Dazu treten dann noch die Bundesstaaten und Gemeinden mit ebenfalls beträchtlichen Mehrverfordernissen. Die einfachste Lösung des Problems sei die Vermögenskonfiskation, die jedoch für den Staat wie für die „Volkswirtschaft“ von verheerenden Folgen sein werde. Die Grundlage des Wiederaufbaues der Wirtschaft sei die — Kapitalreserve. Nehme man der Volkswirtschaft diese, dann fänden die heimkehrenden Krieger keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit. Für Reich, Staat und Ge-

meinden setzen dann die Finanzquellen der Zukunft verschlittet.

Was Herr Marx da vorbringt, ist nicht einmal ein Scheingrund, es ist ganz oberflächliches Gerede. Zunächst geht mit der Konfiskation durch das Reich nichts von dem wirklich vorhandenen Kapital verloren; es wechselt lediglich den Besitzer. Das Reich steckt das konfiskierte Kapital auch nicht in einen Juliussturm; es deckt damit die Anleihen, läßt das Geld wieder in die Wirtschaft hineinfließen zur Befruchtung der Warenerzeugung. Zweitens ist es ein durch den Krieg doch gründlich genug widerlegter Irrtum, anzunehmen, es könne nicht über den Rahmen des tatsächlich vorhandenen Kapitals hinaus produziert werden. Was jetzt im Kriege an Kapital sich neu gebildet hat, ist kein aus einer Vermehrung der Güter entstandenes Kapital, es ist lediglich eine Vorbelastung der späteren Erzeugung; es ist Papier-Kreditkapital. Es sind Schulden, die auf der Wirtschaft der Zukunft lasten, infolgedessen den Wiederaufbau erschweren. Eine Befreiung der zukünftigen Arbeit von dieser Last kann daher das Aufleben der Wirtschaft nicht hemmen, es muß sie erleichtern, fördern.

Nicht um die Befruchtung des Wirtschaftslebens handelt es sich, sondern lediglich um eine Sicherung der von einer Anzahl von Privatleuten im Kriege gemachten Gewinne. Die Warenerzeugung braucht wahrlich nicht darunter zu leiden, wenn verhindert wird, daß die K, P und J aus der Millionenbeute für sich und ihre Nachkommen ohne Arbeit gewaltige Summen als Zinsen einnehmen. Herr Marx bringt es gar fertig, mit einem ethischen Argument sich schuldig vor die Wucherbeute zu stellen. Er meint, die Gewinne seien fast ausschließlich in der hässlich geregelten, vom Reich sanktionierten Zwangswirtschaft gemacht worden. Darum könnten sie nicht unrecell sein; man verlasse den Rechtsboden, wenn der Staat sie nun einstreichen wolle.

Damit das Kapital gesichert bleiben kann, verlangt Herr Marx eine erhebliche Steigerung der indirekten Abgaben, Steuern auf Kohle, Eisen, Zucker, Getreide, Kalk und Stickstoffe, Pferdekraft und Alkoholkraft, Bier, Tabak, Petroleum, Versicherungswesen, Zement, Salz und Fleisch, sowie Zinsen sollen nach seinem Vorschlage rund 6500 Millionen Mark aufbringen.

Rechnen wir mit 70 Millionen Einwohnern, dann entfallen auf den Kopf 93 Mark oder auf eine Familie von 5 Köpfen 465 Mark. Wenn sich die auf Verbrauchsgegenstände und die wichtigsten Lebensmittel ruhenden Lasten auch wohl nicht gleichmäßig auf alle Einwohner verteilen, so werden wohl die ärmsten verhältnismäßig am stärksten belastet. Uebrigens berechnet Marx selbst die Belastung für den Haushalt eines Arbeiters auf 228 Mark, für den eines mittleren Beamten auf 374 Mark. Nun hat er aber mit seinen Vorschlägen noch längst nicht die Erfordernisse des Reiches gedeckt; es fehlen da immer noch 1800 Millionen Mark. Dann sind die erhöhten Anforderungen der Bundesstaaten und der Gemeinden auch noch nicht berücksichtigt worden.

Wenn alle diese Steuerbedürfnisse vorwiegend als Verbrauchsabgaben und sonstige indirekten Steuern von der arbeitenden Bevölkerung hauptsächlich bezahlt werden sollen, wie das die Schächer der Kriegsgewinne verlangen, dann müßte der Arbeiter in Zukunft in der Woche zwei bis drei Tage allein für die Steuern arbeiten.

Anderer läßt sich angeblich diese Gesellschaftsordnung nicht aufrechterhalten. Die Arbeiter denken anders darüber.

Konsumgenossenschaftliche Politik.

Die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine herausgegebene „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ legt in ihrer Nr. 10 einige patriotische Scheite Holz auf den Scheiterhaufen, auf dem jetzt die finnischen und russischen Sozialdemokraten verbrannt werden. Die „Rundschau“ berichtet nämlich über die angeblichen Leiden der finnischen Genossenschaftler, wobei zu bemerken ist, daß es sich bei diesen Genossenschaften nicht um Arbeiterkonsumvereine, sondern um Agrargenossenschaften handelt. Wie es wirklich um diese Genossenschaften bestellt ist, weiß die „Rundschau“ selbst nicht. Sie drückt vielmehr nur eine Zitatensammlung aus der berüchtigten Heilmann-Baumwollerschen „Internationalen Korrespondenz“ ab. Diese Zitate sind keine eigenen Erzeugnisse der „Internationalen Korrespondenz“, sondern diese hat sie aus dem skandinavischen „Andelsblad“ überlebt. Das „Andelsblad“ hat die Zitate seinerseits aus dem „Vællerv“ übernommen.

Diese Zitate also, nachdem sie mehrmals in andere Sprachen überlebt worden sind, werden den bedauerenswerten Lesern der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vorgelesen, um ihnen zu zeigen, wie sich die Sozialdemokraten in ihrer Scheusaligkeit an den bürgerlichen Agrargenossenschaften versündigt haben. Die sozialistische Regierung hat nämlich eine Höchstpreispolitik getrieben, die den Agrargenossenschaften nicht gefallen hat. Mit anderen Worten, die Agrargenossenschaften sind während, nicht höhere Preise nehmen zu dürfen. Außerdem fühlen sich die Agrarier gekränkt, weil sie von den Sozialdemokraten als die schlimmsten Verbrecher des Landes bezeichnet worden sind.

Es ist also ziemlich klar, um was es sich bei dem Geschrei der finnischen Agrarier handelt; sie sind im Allgemeinen, nämlich in ihren Profitinteressen bedroht worden. Deswegen schimpfen sie und niemand wird etwas anderes von ihnen erwarten. Verwerflich aber ist es, daß sich die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ in ihrer Sucht, den Sozialdemokraten etwas am Fesze zu fassen, zum Sprachrohr dieser Schimpfereien macht.

Die Konsumgenossenschaft Berlin ist dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen; man wird von den Berliner Genossenschaftsvertretern verlangen müssen, dazu Stellung zu nehmen und zum

Ausdruck zu bringen, daß die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ nicht dazu da ist, durch entsprechende zurechtgemachte Zitatensammlungen den neuerlichen deutschen Kriegszug zur „Herstellung der Ruhe und Ordnung“ in Finnland zu beschönigen.

Aus der Bewegung.

Der Geldsack der Regierungssozialisten ist leerer geworden. So klagte der Kassierer Otto Braun in der letzten Sitzung des Parteilandsausschusses, daß der Krieg auf die Finanzen der Partei außerordentlich ungünstig eingewirkt habe. In manchen Bezirken würde der Ernst der Lage nicht klar erkannt. „Der wundeste Punkt aber ist — sagte Braun —, daß die Beitragszahlung nicht mehr so klappt, wie es auch unter den Kriegsverhältnissen verlangt werden könnte. Eine Reihe von Bezirken haben ihre Abrechnungen nicht eingeleistet und auch mit der Einreichung der Situationsberichte hopt es. Wenn wir dies bemängeln, so verkennen wir nicht die Wirkungen des durch den Krieg hervorgerufenen Mangels an Kräften. Aber wir müssen auch die Genossen draußen bitten, zu berücksichtigen, daß hier der Punkt liegt, um den sich unsere ganze zukünftige Verarbeitung und unsere Zukunftshoffnungen drehen.“ Geld ist die Seele. Der große Geldsack des P. B. hat während des Krieges die ganze sozialistische Bewegung forrumpelt und mancher Posteninhaber hat seiner Poststelle wegen seine Meinung der oben genehmten angepaßt. Die Presse hat sich der Parteivorstand dienstbar gemacht, sein Portemonnaie hielt unbedingte Mahner im Zaume. Aber die Ausgaben wurden mehr und die Einnahmen blieben aus. Da wird auch der tiefste Brunnen leer. Der große Parteiapparat mit den diversen Kostgängern erfordert erhebliche Mittel. Aber in ablehbarer Zeit dürften kaum nennenswerte Einnahmen ihm zuzufießen, deshalb die Klage.

Eine herbe und eine aufstrebende Organisation. Wie die Regierungssozialisten anderer Städte, versuchen auch die Danziger Abhängigen den Anschein zu erwecken, als wären sie der Zahl nach die einzig berechtigten Vertreter der Arbeiterklasse und die Unabhängigen Sozialdemokraten nur ein kleines Häuflein. Bei den vierteljährlichen Generalversammlungen ihrer Organisation freilich zeigt es sich, daß ihr ganzer Parteiapparat nur Dekoration für kurzfristige Menschen ist, denn niemals z. B. wagen sie, eine Abrechnung zu veröffentlichen. Zu Ruh und Frommen der Zeitgenossen wollen wir darum die hauptsächlichsten Zahlen ihrer letzten Abrechnung weiteren Kreisen bekanntgeben. Der Verein der Danziger Regierungssozialisten zählte um die Jahreswende 1917/18 254 männliche und 157 weibliche Mitglieder. Trotz 40 Neuaufnahmen hatte er im 4. Quartal 1917 einen Mitgliederverlust von 4 Personen. An Mitgliederbeiträgen vereinnahmte er in diesem Zeitraum 475,15 Mk. Für ihren Pressefonds verkauften die Danziger Abhängigen 84 Marken je 10 Pf. = 8,40 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 762,30 Mk. Der Kassenbestand betrug von 1988,63 Mk. auf 2087,61 Mk. Mit diesen kümmerlichen Fragmenten einer ehemals bedeutenden Organisation vergleiche man die Abrechnung der unabhängigen Parteioorganisation. Unsere Danziger Parteifreunde hatten am 1. Oktober 1917 449 Mitglieder. Sie verzeichneten 134 Neuaufnahmen und buchten, trotz zahlreicher Einzelnungen zum Militär, die aus bekannten Gründen vorwiegend unsere Genossen treffen, am 1. Januar 1918 441 männliche und 92 weibliche Mitglieder. An Mitgliederbeiträgen wurden 567,95 Mk. vereinnahmt; Pressefondsmarken 1300 Stück im Werte von 130 Mk. umgesetzt. Die Gesamteinnahme erreichte die Höhe von 1010,95 Mk. Der Kassenbestand stieg von 805,50 Mk. auf 850,88 Mk. Es standen also zu Beginn dieses Jahres 411 Mitglieder der Unabhängigen in Danzig 593 unabhängige Sozialdemokraten gegenüber. Während der letzten zwei Monate schlossen sich in Danzig circa 200 neue Mitglieder unserer Organisation an, so daß das Verhältnis sich noch mehr zuungunsten der Abhängigen verschoben hat. Dabei sind unsere Danziger Parteifreunde durch den Belagerungszustand in ihrer Tätigkeit in größter Weise eingeschränkt und haben keine eigene Presse! Es ist also bezeichnend, daß die Regierungssozialisten ihre Abrechnungen nicht einmal ihren eigenen Parteigenossen mitzuteilen wagen. Wer vom Regierungsbrot ist, stirbt daran.

Kostgänger und Zivilisten. In Karlsruhe tagte die Versammlung des 10. Bad. Reichstagswahlkreises Karlsruhe-Bruchsal, in welcher der Abg. Kolb eine Rührung über die reformierte Sozialdemokratie seiner Umgebung hielt. Nach dem Bericht des „Vollstreund“ waren aus wenigen Orten nicht viele Delegierte erschienen. Davon wird wohl Karlsruhe den Hauptanteil haben. Sehr wichtige frühere Organisationen dieses großen aus etwa 40 Orten bestehenden Wahlkreises waren unvertreten. Mit den Finanzen scheint es auch nicht gut zu stehen. Die auswärtigen Delegierten konnten nicht alle von einer Zufriedenheit mit der Kolbischen Politik berichten. Viele Klagen richteten sich gegen die Haltung des „Vollstreund“ (wovon im Bericht nichts erwähnt wird), welcher wegen seiner Grundlosigkeit immer weniger Gefallen finde. Aber Kolb ist doch die Schuld für die Unzufriedenheit mit der Tendenz mancher Leitartikel — auf die Verfasser der Korrespondenzbüro-Berichte, denen sie entnommen werden.

Dann verlegte sich der Abg. Kolb auf das Schamachen gegen den früheren sozialdemokratischen Vertreter des Kreises, um ihn mit persönlichen Angriffen zu diskreditieren. Der Landtagsabgeordnete Gedreife im Lande herum und machte radikale Sprüche — so etwa war die Ausdruckweise —; er habe aber nicht den Mut gehabt, im Landtag gegen die Erhöhung der Zivilisten des Großherzogs aufzutreten.

Damit konnte wohl die falsche Vorstellung erweckt werden, als sei Abg. Gedreife nicht unter den 17 Abgeordneten der Zweiten Kammer, welche gegen die Erhöhung stimmten. Selbstverständlich hat er

grundsätzlich sein Veto der Bewilligung entgegengesetzt. Als Redner der Opposition behandelte zuerst der Demokrat Kujer die Ablehnung der Zivilisten-Erhöhung in staatsrechtlicher, historischer, volkswirtschaftlicher und aktueller Hinsicht. Die Rede Kolbs konnte nachher als überflüssig erscheinen. Doch war der Abg. Kolb als sozialdemokratischer Anhänger der Hofgänger, der erst zu Weihnachten wieder im Schloß zu Vatten der Großherzoglichen Zivilisten an einer parlamentarischen Cour mit Imbiß teilnahm, der berufene Sachmann, um auch noch das spezielle Hofthema zu behandeln, daß (wie er wörtlich ausführt) „in den letzten Jahren bei der Zivilisten eine sparsamkeitswut platzgegriffen hat, die man gar nicht versteht“. (Seite 637 des Sten. Ber. der Zweiten Kammer). Abg. Kolb beteuerte, daß die Ablehnung durch seine Fraktion „keine Spitze gegen die Person des Monarchen enthalte“; so lange den gerechten Anforderungen der Leute von der Schwerarbeit, welche Eingaben an den Landtag richteten, nicht nachgekommen sei, so lange können wir nicht, — sagte Kolb — für derartige Zwecke solche hohe Summen ausgeben, namentlich wenn man nicht weiß, wie im übrigen der Stand des Kronvermögens ist.

Staatsminister v. Hofman dankte auch dem Redner der Fraktion Kolb, daß er „ausdrücklich anerkannte, daß diese (ablehnende) Stellungnahme nicht etwa auf grundsätzlichen Erwägungen beruht“.

Der Zentrumsbag. Kopf entgegnete dem Abg. Kolb, daß die Zivilisten 700 000 Mark Zuschuß zum Karlsruher Hoftheater leistet; es sei zu überlegen, ob die Stadt Karlsruhe die Kosten für den Betrieb ihres Theaters nicht selber übernehmen soll; das wäre eine Ehrenpflicht.

Abg. Kolb schwieg zu dieser Anzuspung. Was wird nun der Karlsruher Stadtrat Kolb tun, um die Kosten des Karlsruher Hoftheaters von den Schultern der badischen auf jene der residenzlichen Steuerzahler überzulassen?

Aus Frankfurt a. M. Die Haltung der Regierungssozialisten in Frankfurt a. M. zeigte sich in deren kürzlich abgehaltenen Vereinsversammlung in bezeichnender Weise. Ihr Abgeordneter Duard, ein extremer Rechtsler, referierte über die politische Lage und den Reichstag. Duard will unbedingt bei der Stange der Regierung bleiben. Darin ist er ehrlich und läßt keinen Zweifel. In dieser seiner Stellung kann den „unentwegten“ Abgeordneten auch der Gewaldfriede im Osten nicht erschüttern. Soweit das Vorgehen der deutschen Regierung beim besten Willen nicht zu preisen war, redete Duard von „Anflugheiten“. Im übrigen aber — um nur einige Proben zu nennen — sei das Einschreiten der Deutschen in den östlichen Randstaaten nur vom „Möglichkeitstandpunkt“ aus zu betrachten, die Russen hätten schuld am Scheitern der Friedensverhandlungen. Polen habe als selbständige Nation keine Existenzberechtigung (zum Beweise dafür mußte selbst Engels aus dem Jahre 1851 herhalten) usw. Redner gab der „Ueberzeugung“ Ausdruck, daß Deutschland im Osten nicht annectieren wolle. Diese bedingungslose Regierungspolitik war denn doch einem Teile der Getreuen Duards zuviel. Sie, die die Kriegsjahre hindurch die Politik der Regierungssozialisten mit verfolgten und gleich ihrem Abgeordneten in brutaler Unterdrückung der Opposition das menschenmöglichste leisteten (siehe u. a. Mißhandlung oppositioneller, wehrloser Frauen und Mädchen in der Scheidemannversammlung 1916), fanden nunmehr oppositionelle Töne gegen Duards Politik. Verschiedene Diskussionsredner kritisierten die Zustimmung zum Frieden im Osten und das Bemühen der Fraktion, unbedingt das Blockgebilde zu erhalten und Regierungspolitik zu betreiben. Das entscheidende Merkmal, das die „Opposition“ um Einzelner, Wittich usw. von Duard trennt, besteht im Kern darin, daß Duard eine offene Regierungspolitik weiter verfolgen will, während die Gegenseite diese Politik mit dem „radikalen“ Mantel einer Scheinopposition umhüllen möchte. Daraus hinaus läuft auch die von der Parteiversammlung der Abhängigen angenommene Resolution. Diese fordert von der Fraktion die Herbeiführung einer Klärung in der belgischen Frage seitens der Regierung (als wenn deren Stellung noch nicht klar wäre!), sieht im Frieden mit Rußland den Gedanken reiner Machtvolk im Gegensatz zur Mehrheitsresolution vom 19. Juli 1917, um dann noch Hervorhebung weiterer Bedenken zum östlichen Frieden zu sagen:

Die Versammlung erwartet, daß die Fraktion durch Zustimmung zu diesem Frieden die Verantwortung für seinen Geist und seine Folgen nicht übernimmt.

So geht es nun nicht. Wer die Kriegspolitik der Regierung bisher unterstützte, trägt auch die Verantwortung für deren Folgen. Und wer dem Frieden seine Zustimmung gibt, wird die Verantwortung für dessen Geist und seine Folgen nicht los. Daran kommen auch die „oppositionellen“ Mehrheitspolitiker in Frankfurt a. M. nicht vorbei.

Auf ein fünfundsanzigjähriges Bestehen konnte am 18. März die „Kauische Volkszeitung“ zurückblicken.

Kostod. Am 15. März wurde auch hier ein Ortsverein der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gegründet. Trotzdem die Genossen durch die „Medienburgische Volkszeitung“ bisher nur einseitig informiert wurden, ist doch ein großer Teil der Kostoder Genossen zu der Erkenntnis gelangt, daß die Interessen der Arbeiterklasse sowie grundsätzliche sozialistische Politik nur durch die Unabhängige Sozialdemokratie vertreten werden.

Für den Vertreter des Kreises, Genossen Dr. Herzfeld, ist unter den Arbeitern große Sympathie vorhanden und wird es ihm jetzt möglich sein, unter seinen Vätern aufklärend zu wirken. Es ist hier guter Boden für unsere Bewegung vorhanden. Somit ist auch in Medienburg der Grundstein für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gelegt.

Groß-Berliner Chronik.

Ueber die Verrohung und Verwahrlochung der Jugend wird viel geredet und geschrieben. Für weite Kreise interessante Mitteilungen wurden vorige Woche in einer Sitzung des Haushaltungsausschusses der Berliner Stadtverordnetenversammlung gemacht. Gelegentlich des Etats der Gemeindefschulen lenkten unsere beiden Genossen Dr. Rosenfeld und Reid die Aufmerksamkeit auf die körperliche und sittliche Erziehung unserer Gemeindefschüler. Es wurde dargelegt, daß der Schulbetrieb durch die Versendung der Kinder aufs Land sehr gelitten habe. Das sei aber nur vorübergehender Natur; auf die Dauer würde das Schulwesen einen solchen Zustand nicht ertragen. Schwierigkeiten entständen dem Schulbetrieb auch durch die Belagerung der Gemeindefschulen mit Militär. Das Fehlen der Väter übe auf die Kinder einen ungünstigen Einfluß aus; die Zahl der Kinder, die in Fürsorgeerziehung überwiesen würden, steige beängstigend. Es werde alles versucht, dem vorzubeugen durch Vermehrung der Orte, Einrichtung von Arbeitsstunden u. a. Bemerkenswerterweise machten sich auch unter den Schülern und Schülerinnen der höheren Schulen Zustände bemerkbar, die immer schlimmer würden. Das Benehmen dieser höheren Schüler sei zum Teil dreist und frech geworden. Stadtverordnete klagten über das dreiste Benehmen dieser Schüler, die vor den Zelten, vor dem Hindenburg im Tiergarten, am Viktoriapark hin- und herliefen, daß junge Bengels mit den halbwüchsigen Mädchen Cafés besuchten und auch Erwachsenen gegenüber sehr oft ein brüskles Wesen zur Schau trügen. Leider habe hierzu die von diesen Schülern und Schülerinnen betriebene Verbearbeitung für die verschiedensten Zwecke sehr viel beigetragen. Dadurch seien sie sehr dreist geworden, ihre frühere Bescheidenheit sei dahin. In der Straßenbahn müsse man beobachten, wie diese unreifen Menschen ruhig sitzen blieben, wenn alte Leute stehen. Die städtische Schulverwaltung für das höhere Schulwesen erklärte, daß sie dem entgegenzuarbeiten versuche. Aber sie habe einen nur sehr bedingten Einfluß, da die höheren Schüler der staatlichen Gewalt unterständen. Diese Mitteilungen sind sehr bezeichnend und beleuchten die Episteln über die Verrohung der Kinder der ärmeren Bevölkerung in der eigenartigsten Weise. Daß die Verwahrlochung von Schülern zu den patriotischen Verbearbeitungen in solcher Weise wirken würde, war doch vorauszusehen. Daran wird auch nicht viel geändert werden, wenn der Stadtschulrat ein Sitten- und Anstandsbüchlein herausgeben wird.

Die Erhöhung des Wasserpreises von 15 auf 17 $\frac{1}{2}$ Pfennig hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Von Interesse ist der Eifer, mit dem die Abhängigen in der Stadtverordnetenversammlung sich für die Erhöhung ins Zeug legten. Ein mit der Vorberatung der Magistratsvorlage betrauter Ausschuss hat mit knapper Mehrheit die Erhöhung abgelehnt. Im Plenum erklärte der Redner der Abhängigen, Mann, im Namen seiner Freunde, daß die Erhöhung geboten sei. Und weil unsere Parteifreunde gegen die Erhöhung waren, erklärte der Mann, das sei nur ein „Agitationsrid“, es sei „demagogisch“. Ganz so, wie früher unsere bürgerlichen Gegner unsere Arbeit bezeichneten. Dabei sind Wasserwerke durchaus nicht als werbende Anlagen zu betrachten, sondern sie sind Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitspflege. Dazu kommt, daß die Erhöhung des Wasserpreises in der jetzigen Zeit den Anreiz zu Mietssteigerungen besonders fördert. Denn die Hausbesitzer werden neue Lasten auf die Mieter abzuwälzen versuchen. In einer Zeit, in der das Angebot von kleinen Wohnungen immer knapper wird, ist die Gefahr der Mietssteigerung in steigendem Maße vorhanden. Diese Gefahr wird durch Maßnahmen, wie die Erhöhung des Wasserpreises eine ist, erhöht. Aus diesem Grunde stimmten unsere Parteifreunde auch gegen die Erhöhung, während die Abhängigen dafür stimmten.

Zu der markenfreien Bekleidung der Abgeordneten in den Speisewirtschaften des Reichstags und des preussischen Landtags wird von zutändiger Seite mitgeteilt, daß die hierüber gepflogenen Verhandlungen nicht vom Berliner Magistrat angezettelt und die getroffenen Anordnungen nicht von ihm selbständig erlassen worden sind. Die Regelung ist vielmehr auf Veranlassung der Abgeordneten und mit Genehmigung des Staatssekretärs des Kriegsministeriums geschehen. Wenn es den Abgeordneten mit dem Durchhalten ernst ist, müssen sie mit gutem Beispiel vorangehen und mit aller Entschiedenheit jede Bevorzugung zurückweisen.

Zum Verbandsdirektor des Zweverbandes ist der Berliner Stadtrat Fischbein gewählt worden. Der bisherige Direktor Dr. Steiniger hat durch seine Politik den Karren in Groß-Berlin so sehr verfahren, daß es viel Arbeit kosten wird, ihn wieder in Gang zu bringen. Dazu gehört aber ein anderes Gebilde als diese Art Zweverband. Immerhin ist der abgesetzte Verbandsdirektor gut dran, denn er muß nach den geltenden Bestimmungen eine Pension von 16000 Mark bekommen. Davon kann er ganz gut leben! Und da der Mann noch talentlos ist, wird er bald einen anderen Posten bekommen.

Verloren gegangen sind einem Vertrauensmann im Werke der Waffen- und Munitionsfabrik zwei Listen, die eine für die Opfer der Familien Inhaftierter Nr. 62778 und für die Reichstagswahl in Niederbarnim Nr. 1720. Die Listen sind abzugeben Schilderstraße 5 im Verbandsbüro.

In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung vom 18. 3. 18 wurde an erster Stelle über den Antrag des Gen. Bernstein beraten, der den Magistrat auffordert, Beschwerde über die Unterdrückung des Vereins- und Versammlungsrechts gelegentlich des Groß-Berliner Arbeiterausstandes zu erheben. Genosse Bernstein führt zur Begründung aus, wie die Anwendung des verschärften Belagerungs-

zustandes und die vorhergehende Auflösung des Arbeiterrates und das Verbot jeglicher Versammlung die schwersten Schädigungen an Leben und Freiheit im Besonderen gehabt und über viele schuldlose Familien bitteres Leid gebracht hat. Die unnötig diese drakonischen Maßnahmen gewesen seien, ist klar aus der verständigen Behandlung der Streiklage durch die Behörden anderer deutscher Städte ersichtlich, die gar bald zum Uebereinkommen mit den ausländischen Arbeitern geführt hätten. So in Kiel, wo Genosse Bernstein selbst an den Verhandlungen teilnahm. Ein liberaler Stadtverordneter erkennt zwar prinzipiell die Notwendigkeit der Verbesserung des Vereins- und Versammlungsrechtes an, will aber in Verbindung mit dem Streik beileibe nichts mit dem Antrag zu schaffen haben. Er findet hochpatriotische Worte und betont besonders die feste christliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung. „Hierüber“, meint sein dagegen Genosse Bernstein, müsse man schon dem Volke seine eigene Ansicht lassen. Alle schönen Worte können nichts daran ändern, daß der Frieden im Osten eben kein Verständigungsfriede sei und das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht erfülle. Er werde schwer auf Deutschlands Zukunft lasten! Etwas befremdlich für demokratische Ohren hörten sich die Ausführungen des sozialdemokratischen Mehrheitsvertreters an, der es so darstellen wollte, als sei die sozialdemokratische Mehrheitspartei der Streikbewegung nur beigetreten, um für Regierung und Bürgertum als Ruhe- und Ordnungstifter sich das rasche Abflauen des Ausstandes angelegen sein zu lassen. Nun, — mag stimmen —, doch vor Tische las man's anders! Immerhin fand er sich gegen die Anbelangung des Vereins- und Versammlungsrechtes mit dem Antrag Bernstein zusammen. Oberbürgermeister Dominicus hielt die städtischen Körperverfassungen für eine Beschwerde, wie sie der Antrag verlangt, nicht zutünftig! Wie zu erwarten, wurde der Antrag Bernstein gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. — Bei den weiteren Haushaltungsberatungen betont Gen. Bernstein besonders die schweren Lebensmittelnöte. Da der eiserne Bestand längst von allen Inhabern verzehrt ist, ist dringend die Erhöhung der Kartoffelration erforderlich. Oberbürgermeister Dominicus sichert hierauf die Verbesserung der Kartoffelversorgung zu.

Die Gräber der Märzgefallenen waren am 18. März wieder prächtig geschmückt. Eine größere Anzahl Betriebe und politische Organisationen sowie die arbeitende Jugend hatten Kränze niedergelegt. Die Gewerkschaften standen mit einigen Ausnahmen abseits. Der Handlungsgeschäftsverband hatte es sich aber nicht nehmen lassen, wiederum der März-Kämpfer zu gedenken. Es war die siebzigste Wiederkehr des 18. März.

Ein Sechzigjähriger. Sein sechzigstes Lebensjahr vollendete am Freitag, den 22. März, Gen. Adolf Hoffmann. Schon als armes Halbkind hin und hergeworfen, lernte Genosse Hoffmann die Not des Lebens kennen. Und als er ins Leben hinaustraten mußte, gehörte er bald mit Leib und Seele der proletarischen Sache an, für die er seit mehr denn 40 Jahren ununterbrochen gestritten. Unermüdet wirkend, konnte ihn kein Mißerfolg entmutigen, kein Erfolg ihn übermütig machen. Als Agitator bereiste er öfter die verschiedensten Gegenden. Als Redakteur des „Reiter Volksboten“ bekam Hoffmann auch Zeit, hinter schwedischen Gardinen über unsere freiheitlichen Zustände nachzudenken. Diese Ruhe benutzte Hoffmann zu einem eingehenden Bibelstudium, aus dem später die „Zehn Gebote“ entstanden, die unserem Geburtstagskinde den Titel „Zehn-Gebote-Hoffmann“ eingetragen haben. Auch um die freidenkerische Bewegung hat Hoffmann sich sehr bemüht; er ist noch heute Vorsitzender der freireligiösen Gemeinde. In seiner Parteilichkeit hat Adolf Hoffmann nur das Wohl der Partei, die Reinheit ihrer Grundzüge maßgebend sein lassen. Der Haß der Gegner reizt ihn. Im Landtage hat er den Junkern derbe zugelegt mit Ausdauer und Erfolg. Und auch im Rathause hat Freund Adolf manche Attacke geritten. So derb er auch ist, so sehr versteht oft sein Sarkasmus. Wenn es sein muß, versteht Adolf auch, sehr bissig zu werden. Auf den verächtlichen Gebieten hat Adolf Hoffmann der Partei wertvolle Dienste geleistet. Seine sozialistische Ueberzeugung ist ihm Herzenssache, für die er lebt und stirbt. Und so wollen auch wir uns zu den Gratulanten gesellen, die dem Sechzigjährigen ihren Gruß darbringen und dem Wunsche Ausdruck geben, daß unser Freund Adolf uns in echter Kameradschaft wie bisher auch ferner mit uns und für unsere hohen Ideale wirken möge.

Gemeindewahlen.

Gemeindewahlen haben in einer Reihe Gemeinden stattgefunden. In der 3. Abteilung standen diesmal die Kandidaten unserer Partei denen der Abhängigen gegenüber. Charakteristisch ist die Erscheinung, daß überall die Regierungsozialisten sich der liebevollen Hilfe der bürgerlichen Gegner erfreuten, ja, daß sie beide oft gemeinsame Sache machten. So wird uns aus Nowawes geschrieben:

Am Sonntag, den 10. März, fanden in Nowawes (Zeltow) für vier Bezirke Wahlen zur Gemeindevertretung der 3. Abteilung statt. Die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie standen denen der Regierungsozialisten gegenüber, — d. h. die Unabhängige Partei führte den Kampf gegen die geschlossene Phalanx des gesamten Bürgertums, der getreuen Prätorianergarde der Regierungsozialisten, weshalb auch von allen regierungsozialistischen Stimmen dem Bürgertum der Vömenanteil gebührt. Bei dieser Wahl bestand eben kein Klassenunterschied zwischen Bourgeoisie und Regierungsozialismus, hier hieß es: Gleiche Brüder, gleiche Kappen; — das Bürgertum zeigte sich für die vom Regierungsozialismus empfangenen Liebesdienste erkenntlich. Es ist einfach eine Verdrehung der Tatsachen, wenn im „Vorwärts“ der

abhängige Berichterstatter schreibt, „an dem gesunden Sinn der Arbeiter brachen sich die erträumten Bogen der Unabhängigen“, oder „die Arbeiter hätten gegen die Unabhängigen entschieden“. Ach nein, die Arbeiterkraft, die allerdings durch Masseneinziehungen und politische Entrechtung aufs empfindlichste geschwächt war, der jede wirksame Agitation vom ersten Augenblick an mit den beliebigen Mitteln unterbunden wurde, diese Arbeiterkraft, die noch durch den letzten Streik der Regierungspolitik der Leisch und Genossen eine derbe Abfrage erteilte, stimmte für die Unabhängige Sozialdemokratie. Für die Abhängigen stimmte zunächst die gesamte Gemeinde- und Verwaltungsbürokratie, Lehrer und Pastoren, Industrieherrn und Kriegsspekulanten, eine Anzahl abkommandierter Eisenbahnarbeiter und -beamter und ganz zuletzt eine Handvoll überängstlicher Reklamierer aus Privatbetrieben — die einzige Gefolgschaft der Abhängigen aus Arbeiterkreisen. Die vier Abhängigen hinken auf bürgerlichen Kräften ins Gemeindeparlament, unfähig, aus eigener Kraft ein Mandat zu erkämpfen, beladen mit ihrer ganzen politischen Schande und dem Mißtrauen des Proletariats.

Diesen „Sieg“ gönnen wir ihnen in dem festen Bewußtsein, daß, wenn das Gros der Arbeiterschaft wieder dabei ist, der Regierungsozialismus auch in Nowawes abgewirtschaftet haben wird. Die Tätigkeit der vier neuen Herren wird zeigen, daß in der Reichspolitik sowohl als auch in der Kommunalpolitik der Regierungsozialismus vor einem elenden Scherbenhaufen steht.

Unseren Nowaweser Genossen aber muß der Ausfall der Wahl ein doppelter Ansporn sein zu intensiver Agitation und grundsätzlicher Aufklärung.

Bobussdorf. Die Gemeindevertreterwahl am Sonntag fiel in der 1. und 2. Klasse zugunsten der Agrarier aus. In der 3. Klasse behauptete Genosse Georg Dörner das Mandat. Wir beteiligten uns das erste Mal ernstlich an der Wahl der 2. Klasse und können konstatieren, daß unser Kandidat einen Achtungserfolg erzielte. Mit 9 Stimmen Mehrheit siegte zwar der Gegenkandidat, aber wir können hinzufügen, daß, wenn die Genossen die nächsten zwei Jahre bis zur Wahl nicht ungenutzt vorübergehen lassen in der Agitation für unsere Sache, der sozialdemokratische Kandidat auch in der 2. Klasse siegen wird.

In Mariendorf wurden die Kandidaten der Abhängigen gewählt.

Adlershof. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahl wurde unser Genosse Robert Piegner mit 119 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

In Reinickendorf hatten die Abhängigen unseren Freunden vorgeschlagen, bei der Gemeindevahl zusammenzugehen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Unsere Genossen gingen selbständig in den Wahlkampf. Nicht so die Abhängigen; sie bedienten sich der Hilfe der Bürgerlichen. Für die Wahl Schönbergs verbreiteten die Bürgerlichen eine Aufforderung an ihre Anhänger, dem Abhängigen Schönberg ihre Stimme zu geben. Nur dadurch wurde Schönberg wiedergewählt.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 24. März, abends 8 Uhr, wird Genossin Käthe Dunker den Vortragszyklus über Erziehungsfragen fortsetzen.

Montag, den 25. März, findet der zehnte und letzte Abend im Kursus des Genossen Ernst Däumig über Rußland statt.

Dienstag, den 26. März, wird Genosse Eduard Bernstein im Kursus über das Völkerrecht seinen zehnten und letzten Vortrag über das Thema: Die internationale Sozialdemokratie und das Völkerrecht, der Völkerbund und die Rechte der Völker halten.

Aus den Organisationen.

2. Wahlkreis. Lesabend bei Hemp, Halleches Ufer 10 und bei Sailer, Steinmehlestr. 29.

5. Wahlkreis. Extra-Zahlabend am 27. März, abends 8 Uhr pünktlich, in den Mustertälern, Kaiser-Wilhelmstr. 31. Regere Beteiligung erbeten. Der Frauen-Lesabend fällt aus.

Der Vorstand.

Baumshulienweg. Frauen-Lesabend am Dienstag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Krause, Riefholstr. 249. Vortrag der Genossin Fahrenwald.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 24. März, vorm. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Festsaal des Berliner Stadthauses, Klosterstraße: Feiertag der Jugendweibe. Festvortrag von Herrn Dr. Bruno Wille. Eintritt Erwachsene 30 Pf., Kinder 15 Pf. — Nächste Kindervorlesung am 7. April.

Der bekannte **Männer- und Frauen-Chor** ist veranlaßt unter Leitung seines Chormeisters P. A. Joseph am Montag, den 1. April (2. Osterfeiertag) in der Festhalle des Stadthauses ein großes Konzert unter Mitwirkung namhafter Künstler. Der Eintrittspreis beträgt inkl. Garderobe und Liedertexte 1 Mark.

Billetts sind zu haben bei Paul Schneider, Hufelandstraße 30, Max Rassenf, Marienburger Str. 7, Frau Beyer, Friedrichselder Str. 12.

Verantw. Redakteur: E. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.